

vom Ratsbüro genehmigt
am: 5. November 2002

PROTOKOLL

der **14.** Sitzung
vom Dienstag, 29. Oktober 2002
17.00 - 19.35 Uhr
Grossratsaal der Rathauslaube

Vorsitz: Iren Eichenberger (OeBS) Präsidentin 2002

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

StimmzählerIn: Wilhelm Hefti (SP) und Theres Brambrink (FDP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsidentin und 44 Mitglieder
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Herbert Distel (CVP)
Jakob Deppe (FDP)
Bernhard Egli (OeBS)
Peter Käppler (SP)
Thomas Neukomm (SP)

Entschuldigt für den Anfang der Sitzung: Verena Stutz (SP)

Entschuldigt für den Schluss der Sitzung: Alfons Cadario (EVP)

Traktanden:

**VdSR - Verkauf der Liegenschaft GB Nr. 51, Schulstr. 78, Barga
an die Ehegatten Astrid und Pius Amrein, 8233 Barga** Seite 442

VdSR - Neubauprojekt "FIT FOR JOBS!" (Stiftung Impuls) Seite 445

VdSR - EWS, Tarifrevision 2002 (TO 2002) per 1. Oktober 2002 Seite 458

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

14.11.00	VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes	SPK
09.04.02	VdSR - Platzgestaltung Herrenacker	SPK
14.05.02	INTERPELLATION Roland Schöttle (FDP) Bestrafung der Verschmutzung und Beschädigung des öffentlichen Raums und öffentlicher Bauwerke	
25.06.02	INTERPELLATION Urs Tanner (SP) Attraktivierung Rheinuferstrasse	
20.06.02	VdSR - Gesamthafte Überprüfung von Bauordnung u. Zonenplan	SPK
20.08.02	INTERPELLATION Thomas Neukomm (SP) - Überbauung Herrenacker Süd auf gutem Weg?	
20.08.02	INTERPELLATION Peter Möller (GB) - Erfahrungen mit Tempo-30-Zonen in der Stadt Schaffhausen	
22.08.02	MOTION Roland Schöttle (FDP) Neunützung der Militärunterkunft Breite	
03.09.02	MOTION Dr. Gertrud Walch (SVP) Teilrevision der städtischen Ruhegehaltsverordnung	
03.09.02	VdSR - Neues VBSH-Fahrplankonzept auf den Neuhauser Linien und der Linie 4, Emmersberg - Birch	SPK
17.09.02	VdSR - Stellenplanerweiterung städtische Altersheime	GPK
16.09.02	INTERPELLATION Peter Möller (GB) - Verwendungszweck von Wahrzeichen	
17.09.02	Voranschlag 2003 der Einwohnergemeinde SH / Leistungsauftrag/Globalbudget 2003 Pilotabteilungen	GPK
17.09.02	VdSR - Bericht und Antrag Tarifrevision 2002 für Erdgas per 1. Oktober 2002	
17.09.02	VdSR - Kredit zur Sanierung der Schiessanlagen Birch, Herblingen und Buchthalen	GPK
23.09.02	VdSR - Teilrevision von Art. 27 und 28 der Stadtverfassung, Erhöhung der Stellenkapazität im Stadtrat	SPK
24.09.02	VdSR - Abgabe einer Teilfläche von ca. 2'500 m2 der städt. Parzelle GB Nr. 21'534 "Breitwiesenstrasse" im Baurecht an die Firma Schnell AG, Bauunternehmung, 8207 Schaffhausen	GPK

Kleine Anfragen von

Peter Neukomm (SP)	Plakatierung bei kommunalen Abstimmungen u. Wahlen	03.07.02	10/ 02
Lotti Winzeler (OeBS)	Umsetzung Stellenplanerweiterung der städt. Altersheime	29.08.02	12/2002
Hüseyin Palaz (OeBS)	Sasag AG Digital Paketprogramm	10.09.02	13/2002
Peter Neukomm (SP)	Förderung des Wassersparens in der Stadt SH	22.10.02	14/2002

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 VdSR - Verkauf der Liegenschaft GB Nr. 51, Schulstr. 78, Bargaen an die Ehegatten Astrid und Pius Amrein, 8233 Bargaen

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des SR mit der Ergänzung der GPK mit **42 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Verkauf der Liegenschaft Schulstrasse 78, 8233 Bargaen, an die Ehegatten Astrid und Pius Amrein, 8233 Bargaen, zum Preis von Fr. 325'000.-- zu. Dieser Käuferlös ist dem Rahmenkredit zuzuführen.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR - Neubauprojekt "FIT FOR JOBS!" (Stiftung Impuls)

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage und Anträge des SR mit **44 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 13. August 2002 betreffend Neubauprojekt "FIT FOR JOBS!" - Örtliche Zusammenführung der Beschäftigungsprogramme der Stiftung Impuls - Anstellungsprogramme Schaffhausen.
2. Der Grosse Stadtrat stimmt dem Neubauprojekt "FIT FOR JOBS!" und dessen Realisierung durch die Stiftung Impuls - Anstellungsprogramme Schaffhausen unter Mitwirkung des Sozial- und Baureferates zu.
3. Der Grosse Stadtrat bewilligt zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto 589.525.01, neues Konto für Projekt "FIT FOR JOBS", Neubau; finanziert aus dem bürgerlichen Fürsorgefonds, zugunsten von Konto 589.662.00) einen Kredit in der Höhe von Fr. 600'000.-- für den Neubau eines Betriebsgebäudes für die Stiftung Impuls - Anstellungsprogramme Schaffhausen.
4. Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe einer Teilfläche von 2'600 m² des Grundstückes GB Nr. 5790, "Ebnet/Tanscherhalde", im Baurecht an die Stiftung Impuls - Anstellungsprogramme Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 13. August 2002 genannten Bedingungen zu.
5. Ziffer 3 dieses Beschlusses untersteht nach Art. 11 Abs. 1 lit. d der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 VdSR - EWS, Tarifrevision 2002 (TO 2002) per 1. Oktober 2002

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage und Anträge des SR mit **37 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 10. September 2002 über die Tarifrevision 2002 (TO 2002) des Elektrizitätswerkes der Stadt Schaffhausen.
2. Der Grosse Stadtrat genehmigt die neuen Tarifblätter:
 - A - 10/02 Allgemeines
 - B - 10/02 Bestimmungen
 - 1.1 - Netzkostenbeiträge
 - 1.2 - Netzkostenbeiträge
 - 2 - 10/02, Domo
 - 3.1 - 10/02, Eco
 - 3.2 - 10/02, Eco WP
 - 4 - 10/02, Business
 - 5 - 10/02, Industrie
 - 6 - 10/02, Bau
 - 7 - 10/02, RE
 - 8 - 10/02, RN
3. Der Grosse Stadtrat genehmigt den neuen Einheitstarif von 57,3 Rp/kWh für die öffentliche Beleuchtung.
4. Der Grosse Stadtrat genehmigt den neuen Einheitstarif von 20,1 Rp/kWh für die Trolleybusse der VBSH.
5. Der Grosse Stadtrat setzt die neuen Tarife auf den 1. Oktober 2002 in Kraft.
6. Die Beschlüsse gemäss Ziff. 2, 3 und 4 unterliegen nach Art. 11 Abs. 1 lit. g der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

(Ein Ordnungs-Antrag von Peter Möller (GB) zu Beginn der Eintretens-Debatte - gestützt auf § 38 der Geschäftsordnung - auf Abbruch der Diskussion und Überweisung der Vorlage an eine Spezialkommission unterlag in der Abstimmung mit 2 : 35 Stimmen.)

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsidentin Iren Eichenberger (OeBS) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN der Ratspräsidentin:

- **Termin Fraktionspräsidenten-Konferenz**
Dienstag, 26. Nov. 2002, 16.00 h vorgängig der Ratssitzung
Der Ratssekretär ist für die Einladung besorgt.

Neu eingegangene Geschäfte:

**17.09.02 Voranschlag 2003 der Einwohnergemeinde SH /
Leistungsauftrag/Globalbudget 2003 Pilotabteilungen**

Dieses Geschäft wird usanzgemäss in der GPK vorberaten.

17.09.02 VdSR Bericht und Antrag
Tarifrevision 2002 für Erdgas per 1. Oktober 2002

Ratspräsidentin Iren Eichenberger: "Nachdem der Einwohnerrat Neuhausen zur Vorberatung dieser Vorlage eine SPK eingesetzt hat, bittet mich der Stadtpräsident, dasselbe auch in unserem Rat zu tun."

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident: "Das Büro hat beschlossen, dem Rat vorzuschlagen, dieses Geschäft analog der VdSR - EWS, Tarifrevision 2002, direkt auf die Tagesordnung des GrSR zu setzen."

Stadtpräsident Marcel Wenger weist darauf hin, dass das Büro des GrSR diesen Beschluss gefasst hat, bevor es Kenntnis davon hatte, dass Neuhausen die Vorlage in Bezug auf Marketing und Ablieferungspolitik des Werkes an die Gemeinde noch näher prüfen will. Ebenso verweist er auf den Umstand, dass die Stadt mit dem Gaswerk Neuhausen verbunden ist - gemeinsame Verwaltungskommission. "Ich denke, dass es richtig ist, wenn wir nach diesen Informationen jetzt in Schaffhausen nicht im Schnellzugstempo vorgehen, obwohl ich das sehr begrüßen würde. Wir würden damit auch den Auftrag der GPK erfüllen. Aber es ist sinnvoll, dass wir eine Vorlage bringen, wo sich die beiden Gemeinden nicht irgendwie mit den Begründungen für die Tarif-Revision ins Gehege kommen. Ich bitte Sie um Verständnis für meinen Wunsch. Selbstverständlich steht es Ihnen frei, ein anderes Vorgehen zu wählen. Ich denke, es ist richtig, wenn man das beim Gas jetzt so macht."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Für mich stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage der Terminierung. Wann kann diese Vorlage spätestens im Rat bearbeitet werden, damit die Tarif-Revision noch per 1. Oktober 2002 in Kraft gesetzt werden kann? Das war ja das Ziel der VK und der städtischen Werke, diese Preisreduktion so schnell wie möglich an die Kundschaft weiter zu geben. Ich möchte darauf eine Antwort."

Stadtpräsident Marcel Wenger zur allfälligen unterschiedlichen Terminierung der Tarif-Revisionen Gas und Strom:

"Beim Strom sieht es wesentlich besser aus. Wir sind allein beim Strom, wir können die Tarife selber festlegen. Beim Gas haben wir einen Markt. Da müssen wir - um intern Abrechnungsaufwand zu vermeiden -, uns zumindest überlegen, ob wir die Tarif-Revision nicht auf die nächste Abrechnungsperiode (per 1. April 2003) machen müssen. Es macht wenig Sinn, die Revision per 1. November, Dezember oder Januar in Kraft zu setzen, weil dies in den Abrechnungsmodalitäten Probleme gäbe. Das ist der Wermutstropfen, den wir schlucken müssen. Ich habe Ihnen an der letzten Ratssitzung erklärt, dass sich die Vorlage verspätet hat, weil Neuhausen Detailinformationen gewünscht hat. Es ist richtig, wenn wir Neuhausen jetzt nicht einfach abkoppeln und in Schaffhausen "den Schnellzug durchfahren lassen". Das würde bei den Verwaltungskommissionsmitgliedern aus Neuhausen und sicher auch bei den Neuhauser BürgerInnen, welche unsere Gasabnehmer sind, nicht unbedingt auf ein positives Echo stossen. Es ist klar, dass die Neuhauser im Moment auf Grund der Situation in Bezug auf das Budget 2003 einen grösseren Ablieferungsbedarf aus dem Gaswerk haben. Diesem Umstand sollten wir versuchen, Rechnung zu tragen."

Esther Bänziger (SP) Votum

"Ich möchte in diesem Zusammenhang deponieren, dass ich grundsätzlich nicht dafür bin, Geschäfte, welche aus Verwaltungskommissionen kommen, direkt auf die Tagesordnung des GrSR zu setzen. Wir werden sehen, wie die Diskussion heute mit der Tarifrevision 2002 des EWS verläuft.

Es ist mir aufgefallen, dass das Geschäft "Neues VBSH-Fahrplankonzept auf den Neuhauser Linien und der Linie 4, Emmersberg - Birch" immerhin in einer 11er-SPK vorberaten wurde, obschon es auch bei den VBSH eine VK gibt."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Ich möchte nicht einer Diskussion vorgreifen. Aber grundsätzlich bin ich der Meinung, dass die Aufgabe der VK in solchen Fällen diejenige einer SPK ist, um schnell und effizient zu arbeiten. Da kann man unterschiedlicher Meinung sein. Das ist vielleicht eine Frage der Neuordnung, die zu tätigen ist.

Aber zur Frage der Änderung des vorgesehenen Modus: Ich finde es aus der Sicht der VK schlecht, wenn das Signal Neuhausen auf Verzögerung von uns nun so interpretiert wird, dass wir auch verzögern. Vielmehr sollten wir handeln, damit Neuhausen das Signal bekommt, auch schnell zu handeln. So wahren wir die Interessen der GasbezüglerInnen. Ich würde Ihnen darum empfehlen, unsererseits das Geschäft zu behandeln."

Kurt Zubler (SP) Votum

"Ich möchte Roland Schöttle in diesem Punkt sehr unterstützen, weil nämlich die Argumentation der Neuhauser insbesondere von ihrem Budget her beeinflusst ist. Sie möchten mehr abschöpfen, um ihr Budget besser zu gestalten. Das hat uns in der VK dazu bewogen, zu sagen: "Das machen wir nicht." Wir haben das Signal schon im Vorfeld gegeben, dass wir den Tarif senken wollen. Nur weil sich die Liberalisierung weiter verzögert, zu sagen - "Jetzt schöpfen wir weiter ab, weil wir eine Monopolstellung haben" - finden wir ein schlechtes Signal.

Auch wenn es heute noch nicht so ist, dass die VK vorentscheiden und Vorlagen direkt in den Rat zur Behandlung einbringen kann, bin ich in diesem Fall dafür, dass wir vorwärts machen und diese Vorlage direkt im Rat behandeln."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Ich möchte nicht insistieren. Ich habe lediglich die Ausgangslage geschildert, die mir von Neuhausen noch einmal in Auftrag gegeben worden ist. Wenn Sie zu einem anderen Schluss kommen, werde ich damit leben können. Die Neuhauser werden aber - da können Sie sicher sein - auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten wahrscheinlich etwas länger brauchen, was dann zu einem gespaltenen Tarif zwischen den beiden Gemeinden führen könnte. Damit müssten wir leben. Sie müssen entscheiden."

Ratspräsidentin Iren Eichenberger

"Von Ihrer Seite höre ich nur Stimmen, welche das Geschäft direkt traktandieren möchten. Ich denke, dass sich somit eine Abstimmung erübrigt, es sei denn, jemand stelle einen Gegenantrag.

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass kein Gegenantrag eingebracht wird. Das Geschäft "VdSR Bericht und Antrag Tarifrevision 2002 für Erdgas per 1. Oktober 2002" kommt daher direkt auf die Tagesordnung der Ratssitzung vom 12. November.

17.09.02 VdSR Kredit zur Sanierung der Schiessanlagen Birch, Herblingen und Buchthalen

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft der GPK zur Vorberatung zuzuweisen. Kein Gegenantrag - so beschlossen.

23.09.02 VdSR Teilrevision von Art. 27 und 28 der Stadtverfassung, Erhöhung der Stellenkapazität im Stadtrat

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft in einer 15er-SPK vorberaten zu lassen. Einladende Partei ist die FDP.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Zusammensetzung der SPK:

SP: Peter Kämpfer, Peter Neukomm, Urs Tanner, Esther Bänziger

FDP/CVP: Roland Schöttle, Dieter Amsler, Christian Bächtold, Peter Wullschleger

SVP/EDU: Josef Eugster, Alfred Zollinger, Christian Meister, Hans Ith

OeBS/EVP/GB: Bernhard Egli, Peter Möller, Alfons Cadario

1. Sitzung: Montag, 25. November 2002

24.09.02 VdSR Abgabe einer Teilfläche von ca. 2'500 m² der städt. Parzelle GB Nr. 21'534 'Breitwiesenstrasse' im Baurecht an die Firma Schnell AG, Bauunternehmung, 8207 Schaffhausen

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft der GPK zur Vorberatung zuzuweisen. Kein Gegenantrag - so beschlossen.

15.08.02 Vorlage der SPK 'Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes' Reorganisation der städtischen Kulturbereiche

Dieses Geschäft figuriert auf der heutigen Traktandenliste.

Sollte das Geschäft heute behandelt werden, würde Annina Keller (OeBS) aus beruflichen Gründen in den Ausstand treten.

Kleine Anfragen

Peter Neukomm (SP) Förderung des Wassersparens in der Stadt SH 22.10.02 Lauf-Nr. 14

Beantwortet wurde vom Stadtrat mit Datum 24. September 2002 die **Kleine Anfrage** Peter Neukomm (SP) Coop-Rückzug aus Buchthalen und dem Niklausen vom 26.06.02 (Lauf Nr. 8/2002)

Verhandlungsbereit ist gemeldet worden das Geschäft VdSR - Neues VBSH-Fahrplankonzept auf den Neuhauser Linien und der Linie 4, Emmersberg - Birch.

Seitens der SPK liegen Änderungsanträge vor, welche den Ratsmitgliedern schriftlich gestellt wurden. Das Geschäft wird auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung gesetzt.

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 13 der Sitzung vom 17. September 2002 wurde durch das Büro geprüft und genehmigt. Es liegt heute beim Ratssekretär zur Einsichtnahme auf. Anmerkungen werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.
Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

An dieser Stelle schlägt die **Ratspräsidentin** dem Rat vor, anstelle des verunfallten Herbert Distel (CVP) **Theres Brambrink (FDP)** als Ersatz-Stimmzählerin für die heutige Sitzung einzusetzen. Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Traktandum 1 VdSR - Verkauf der Liegenschaft GB Nr. 51, Schulstr. 78, Bargaen an die Ehegatten Astrid und Pius Amrein, 8233 Bargaen

EINTRETENSDEBATTE

Andres Bächtold (SP) Sprecher der GPK *

"Das waren vermutlich noch bessere Zeiten. Als 1931 der damalige Förster in Pension ging, wurde diesem das offenbar baufällige Haus verkauft und für den Nachfolger kurzerhand ein neues Forsthaus erstellt. Dieses diente anschliessend 66 Jahre dem vorgesehenen Zweck, indem es von den jeweiligen Revierförstern bewohnt wurde. Bei einem Försterwechsel 1997 wurde das Haus zwar nicht als baufällig, aber aufgrund fehlenden Komforts für den neuen Förster als unzumutbar taxiert. Das hatte nun aber keinen erneuten Neubau zur Folge, sondern die Wohnsitzpflicht im Revier wurde aufgehoben und das Haus fest für 10 Jahre fremd vermietet. Das hat nun, fünf Jahre später, zu dieser Vorlage des Stadtrates geführt, welche die GPK an der Sitzung vom 19. September behandelt hat.

Die Fakten sind also klar. Das Haus wird für den Forst definitiv nicht mehr benötigt und damit für die Stadt entbehrlich. Gleichzeitig besteht, obwohl im Laufe des bisherigen Mietverhältnisses sowohl durch den Mieter als auch durch die Stadt etwas investiert wurde, ein gewisser Sanierungsbedarf. Dieser war jetzt Auslöser für Verkaufsverhandlungen, da der Finanzbedarf die Möglichkeiten eines Mieters übersteigt, die Stadt aber in eine unnötige Liegenschaft nicht weiter investieren will.

Die GPK hat sich an der erwähnten Sitzung detailliert über das Verkaufsobjekt informieren lassen, Grundlagen waren neben den Schätzungsprotokollen des Amtes für Grundstückschätzung auch Fotografien der Liegenschaft. Diese zeigen ein an sich prächtiges Haus mit viel Umschwung, was auch mit den Fakten im Schätzungsprotokoll übereinstimmt. Die Parzelle umfasst 1'008 m², hat also einige Reserve, welche allerdings aufgrund der ungünstigen Grundstücksform nicht bebaut werden kann. Das auf den Fotos sich prächtig präsentierende Gebäude verfügt mit 1'140 m³ tatsächlich über das Volumen eines grösseren Einfamilienhauses. Allerdings sind mehr als ein Drittel davon Schopf, der eigentliche Wohnteil ist somit eher klein.

Trotzdem gab der verhältnismässig tiefe Verkaufspreis in der GPK zu reden. Der durch das Amt geschätzte Verkehrswert beläuft sich auf Fr. 352'000.00, die Mietereinbauten auf Fr. 24'000.00. Diese werden den Mietern gemäss Mietvertrag, amortisiert auf 10 Jahre, zurückerstattet. Der durch das Amt für Grundstückschätzungen definierte Verkehrswert liegt somit bei netto Fr. 340'000.00.

Der ausgehandelte Preis in Höhe von Fr. 325'000.00 liegt zwar etwas darunter. Aufgrund der speziellen Lage des Grundstücks neben einer gut frequentierten Tankstelle und im Lärmeinzugsgebiet der A4 scheint das aber gerechtfertigt, zumal es für diese Liegenschaft aufgrund eben vor allem der Lage kaum einen Markt gibt. Dieser Beurteilung schloss sich die GPK an und die Tatsache, dass diese Liegenschaft ohne Ausschreibung der jetzigen Mieterfamilie verkauft wird, war damit unbestritten.

Da selbst die vehementen Gegner von Verkäufen städtischen Eigentums keinen Sinn im Verbleib dieser Liegenschaft im städtischen Portefeuille erkennen konnten, stimmte die GPK dem Verkauf der Liegenschaft Schulstrasse 78, Barga, an die Ehegatten Astrid und Pius Amrein zum Preis von Fr. 325'000.00 einstimmig - bei zwei Abwesenheiten - zu. Damit sichergestellt ist, dass dieser Ertrag nicht in den Niederungen der laufenden Rechnung verdunstet, sondern zu gegebener Zeit in zukunftsweisende neue Projekte investiert wird, wurde der Antrag entsprechend ergänzt. Der neu formulierte Antrag wurde Ihnen zugestellt. Obwohl dieser Ergänzungsantrag von mir stammt, ist er vermutlich nicht ganz korrekt. Da der Rahmenkredit für Liegenschaftenkäufe kein separates Kässeli im grossen Tresor ist, müsste es vermutlich heissen: «Dieser Käuferlös ist dem Rahmenkredit *gutzuschreiben*». Aber dazu kann sich vielleicht die Finanzreferentin noch äussern.

Zum Schluss bitte ich Sie im Namen der GPK, auf die Vorlage einzutreten und dem, wie auch immer ergänzten Antrag zuzustimmen.

Andres Bächtold (SP) Fraktionserklärung

"Die SP-Fraktion jedenfalls, das kann ich ganz zum Schluss noch anfügen, wird das tun und sich ausnahmsweise, aufgrund der geschilderten besonderen Umstände, einem Liegenschaftsverkauf nicht widersetzen."

Alfred Zollinger (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU und FDP/CVP *

"Zuerst danke ich Andres Bächtold für die Vorstellung der Vorlage. Dem ist meinerseits nichts mehr beizufügen. Ich kann mich daher kurz halten. Die Fraktionen SVP/EDU und FDP/CVP unterstützen den Verkauf einer sogenannt entbehrlichen Liegenschaft. Das trifft in diesem Falle voll zu, liegt doch die Liegenschaft in Barga. Der Käufer arbeitet bei der Grenzwache und ist auch in Barga domiziliert. Wir finden es auch positiv, dass man sich innerhalb der Verkaufspreis-Bandbreite bei Fr. 325'000.-- einigen konnte, womit dem Käufer gegenüber ein Zeichen gesetzt wurde für sein jahrelanges Hegen und Pflegen der Liegenschaft."

SVP/EDU und FDP/CVP werden auf die Vorlage eintreten und dem ergänzten Antrag der GPK zustimmen."

Peter Möller (GB) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB

"Zur Vorlage habe ich auch nicht mehr viel zu sagen; sie wurde Ihnen vom GPK-Vertreter präsentiert. So komme ich direkt zur Stellungnahme der Fraktion. Hier kann ich Ihnen mitteilen, dass auch wir dem Verkauf dieser Liegenschaft ohne Probleme zustimmen können, weil der Verbleib einer älteren Liegenschaft in Barga in städtischem Besitz wirklich keinen Sinn macht."

Die OeBS/EVP/GB-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und dem geänderten Antrag der GPK zustimmen."

Stadtrat Kurt Schönberger Stellungnahme des Stadtrates

"Eigentlich ist alles gesagt. Ich habe gerne gehört, dass Sie in diesem speziellen Fall gegen den Verkauf einer Liegenschaft nicht opponieren werden. Ich habe aber aus einzelnen Voten entnommen, dass dies kein Blanko-Check ist. Das nehmen wir so entgegen. Das ist ein klassisches Beispiel für eine entbehrliche Liegenschaft. Ich bin froh, dass wir zusammen mit Ihnen diesen Verkauf tätigen können."

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen 1 - 3.

Keine Wortmeldungen.

ANTRAG

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident verliest den von der GPK ergänzten Antrag.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Verkauf der Liegenschaft Schulstrasse 78, 8233 Barga, an die Ehegatten Astrid und Pius Amrein, 8233 Barga, zum Preis von Fr. 325'000.-- zu. Dieser Käuferlös ist dem Rahmenkredit zuzuführen.

Esther Bänziger (SP) stellt fest, dass es bei den meisten Vorlagen des Stadtrates üblich ist, in Punkt 1 der Anträge festzuhalten:

'Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom betreffend'

Bei dieser Vorlage fehlt dieser Punkt.

Die Votantin möchte wissen, ob diese Formulierung zwingend in die Anträge hinein gehört oder ob diese nicht notwendig sei.

Stadtpäsident Marcel Wenger wird diese Frage via Rechtsdienst abklären.

Roland Schöttle (FDP) findet, es sei der Sache Genüge getan, weil es in der Vorlage auf Seite 3 heisst: *'Gestützt auf diesen Bericht unterbreitet Ihnen der Stadtrat folgenden Antrag: (...).'*

Peter Möller (GB) würde die von Esther Bänziger monierte Formulierung begrüßen. Aus ihr resultiert, dass der Rat unter Kenntnisnahme der Vorlage den nachfolgenden Antrag zum Beschluss erhebt.

Andres Bächtold (SP) stellt nochmals die Frage in den Raum, ob die Formulierung *'Zuführung in den Rahmenkredit'* korrekt sei, oder ob es heissen müsste: *"Dieser Erlös ist dem Rahmenkredit gutzuschreiben."*

Stadträtin Veronika Heller findet die Frage von A. Bächtold berechtigt, da der Rahmenkredit ein Kompetenzrahmen und nicht eine Kasse ist. Sie plädiert jedoch

dafür, bezüglich der Formulierung nicht "päpstlicher" zu sein als der Papst. Egal, welche Formulierung gewählt wird, der Stadtrat wisse, was er zu tun habe.

Nach Meinung des **1. Vizepräsidenten Ernst Spengler** bräuchte es diesen ergänzenden Satz gar nicht. "Es liegt ein Beschluss vor, dass sämtliche Verkäufe dem Rahmenkredit zuzuweisen sind. Das ist klar geregelt."

Stadtpräsident Marcel Wenger: "Wir nehmen Bestätigungen von Beschlüssen nach dem Motto "doppelt genäht hält besser" gerne entgegen."

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des SR mit der Ergänzung der GPK mit **42 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Verkauf der Liegenschaft Schulstrasse 78, 8233 Barga, an die Ehegatten Astrid und Pius Amrein, 8233 Barga, zum Preis von Fr. 325'000.-- zu. Dieser Käuferlös ist dem Rahmenkredit zuzuführen.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR - Neubauprojekt "FIT FOR JOBS!" (Stiftung Impuls)

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in einer 11er-SPK vorberaten.

Christian Hablützel (SP) Präsident der SPK *

"Wir haben die Vorlage des Stadtrates „FIT FOR JOBS!“ vom 13. August 2002 in einer 11-er Kommission sorgsam geprüft und bearbeitet. Ich möchte an dieser Stelle dem federführenden Stadtrat Thomas Feurer danken für die sorgfältig vorbereitete Vorlage und die kompetente und offene Begleitung der Kommissionsarbeit. Speziell danken möchte ich auch Grossstadtrat Thomas Hauser für die spontane Protokollierung der ersten Sitzung und Frau Denise Tormen für das zweite Protokoll. Herzlichen Dank geht auch an alle Kommissionsmitglieder für die ausserordentlich konstruktive Zusammenarbeit und auch für die terminliche Flexibilität.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte es gleich vorweg nehmen, die Kommission hat die Vorlage positiv beurteilt. Sie ist einstimmig, bei zwei Abwesenheiten, auf die Vorlage eingetreten und hat die Vorlage in der Schlussabstimmung gutgeheissen und den Anträgen 1 - 5, bei einer Abwesenheit, einstimmig zugestimmt.

Nun zu den Details: Die Kommission hat die Vorlage aufgrund der terminlichen Dringlichkeit in zwei Sitzungen noch vor den Herbstferien abschliessend behandelt. Was sich nämlich hinter dem Neubauprojekt „FIT FOR JOBS!“ verbirgt, ist nicht einfach eine Bauvorlage, sondern eine Vorlage, welche alle Beschäftigungs- und Arbeitsintegrationsprogramme im Kanton Schaffhausen örtlich zusammenführen will.

Mit der Gründung der städtischen Stiftung Impuls im Dezember 1997 wurde der Grundstein gelegt, die Beschäftigungsprogramme von Stadt und Kanton im komplexen Umfeld von Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zukunftsweisend zu bündeln. Das Ziel ist in der Stiftungsurkunde trefflich formuliert, ich zitiere: „Die Stiftung fördert die Erhaltung und Verbesserung von beruflichen und sozialen Kompetenzen von arbeitslosen Personen, namentlich durch Anstellungsprogramme im Sinne von Art. 5 des Kantonalen Arbeitslosenhilfe-Gesetzes vom 17. Dezember 1997 sowie andere geeignete Massnahmen.“ Ende des Zitates. Seit dem 1. Januar 2002 tritt die Stiftung rechtlich nicht nur als Arbeitgeberin von Programmteilnehmerinnen und -Teilnehmern auf, sondern auch als Arbeitgeberin der bisher von der Stadt angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Betriebsleitung und der Administration.

Die Spezialkommission hat sich in den Diskussionen und bei einer Besichtigung des heute wichtigsten Standortes der Beschäftigungsprogramme, dem Werk 1 der +GF+ AG, von der wertvollen Tätigkeit der Stiftung überzeugen können. Was hier fast ganz im Verborgenen aufgebaut werden konnte, ist nämlich eine veritable KMU mit ca. 200 Arbeits- und Beschäftigungsplätzen für Menschen, welche aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden wurden, aus wirtschaftlichen Gründen wieder einsteigen müssen, oder aufgrund von anderen Schwierigkeiten am Rande unserer Gesellschaft leben. Mit den Betätigungsfeldern Werkstoffrecycling, Schreinerei, Nähatelier, Forst- und Zügelgruppen, Taglohnprogramme, Möbellager und Schulung wird auf der einen Seite Nutzen für die Allgemeinheit und für die Kunden der Stiftung erbracht; auf der anderen Seite wird verhindert, dass erwerbslose Menschen allzu lange betätigungslos bleiben, und damit die Chancen auf eine Reintegration zunehmend verlieren.

Liebe Ratskolleginnen, liebe Ratskollegen, alles ist gut. Warum soll sich die Stadt nun zusammen mit dem Kanton an einem Neubau beteiligen? Ich möchte nun kurz auf die in der Kommission geprüften Kernfragen und Kernprobleme eingehen.

1. Warum ein neuer Standort? Die Aktivitäten der Stiftung sind heute auf fünf Standorte, nämlich Mühlental, Oberstadt, Fulachstrasse Buchthalen und Kirchhofplatz verteilt, was sowohl von den Abläufen, wie auch von der Betreuung der teilweise schwierig zu führenden Klientengruppen her nicht optimal ist. Noch viel wichtiger aber: Die grösste Vermieterin, die Georg Fischer AG hat ernsthaft die Kündigung auf anfangs 2003 angekündigt. Da in der Zwischenzeit auch um eine Baubewilligung für ein Dienstleistungszentrum im Mühlental nachgesucht wurde, zeichnet sich dringender Handlungsbedarf ab.
2. Warum ein Neubau? Liebe Ratskolleginnen, liebe Ratskollegen Ich kann Ihnen versichern, alle Kommissionsmitglieder haben sich das irritiert gefragt: Es stehen doch massenhaft leere Gewerbeflächen zur Verfügung, ein vermeintliches Kapital unserer wirtschaftlich nicht eben verwöhnten Region. Die Kommission hat sich deshalb ausführlich über die Bemühungen der Stiftung und des zuständigen Referenten, eine kostengünstige Mietlösung in einer bestehenden Baute zu realisieren, informieren lassen. Wir haben uns zuhanden der Fraktionen die detaillierten Ergebnisse dieser Evaluationen zusammenstellen lassen. Dabei sind uns auch bittere Erkenntnisse gekommen: Errechnet man nur den minimalen Investitionsbedarf in vielen leerstehenden, auf dem Markt verfügbaren Objekten, muss man eher von Altlasten als von Anlagewerten sprechen. Es ist nur ein

kleiner Trost, dass sich in diesem Segment keine städtischen Liegenschaften befinden. Die Prüfung der verschiedenen möglichen Standorte hat bei einer betriebswirtschaftlichen Rechnung und unter Einbezug von Erreichbarkeitskriterien ein klares Ergebnis gebracht: Ein Neubau auf dem städtischen Grundstück im hinteren Ebnet mit Vergabe im Baurecht an die Stiftung IMPULS ist die kostengünstigste Lösung. Das zur Diskussion stehende Projekt verursacht inkl. aller Investitionen und Amortisationen keine höheren Kosten als die heute anfallenden Mieten an den verschiedenen Standorten.

Das Architekturbüro Ulmer und Zarotti hat ein Vorprojekt mit verbindlichem Kostenvoranschlag ausgearbeitet. Dieses stellt die Basis dieser Vorlage dar. Die im Holzständerbau vorgesehene Baute könnte in einer Zeit von 10-12 Monaten bezugsbereit errichtet werden. Durch die Vergabe des gesamten Auftrages an eine Generalunternehmung kann sich die Bauherrschaft - sprich die Stadt als Eigentümerin dieser Stiftung - vor Kostenüberschreitungen schützen. Es ist geplant, eine Generalunternehmer-Submission vorzubereiten, so dass wenigstens die Arbeiten ausgeschrieben werden können.

3. Submissionsvorschriften:

Das ganze Projekt unterliegt den gesetzlichen Bestimmungen der städtischen Submissionsverordnung vom 31. 8. 1999. Es ist zugegebenermassen unschön, dass nur Teilbereiche des Projektes öffentlich ausgeschrieben werden. Die Kommission hat sich mit der Frage beschäftigt, ob der Verzicht auf eine Ausschreibung gemäss Art. 7 SubV a, politisch geschickt und b, allenfalls eine Verletzung der doch noch jungen Submissionsverordnung darstellt. Die beiden Fragen können wie folgt beantwortet werden: Seit der Ankündigung der Georg Fischer AG bezüglich der Neunutzung der früheren Stahlgiesserei vor einem Jahr, im Oktober 2001, hat der Stadtrat zügig gehandelt. Das Suchen und Prüfen der zahlreichen Mietobjekte, die Projektierung und Bewertung des geplanten Neubaus, das Finanzierungskonzept bis hin zur Ausarbeitung der heute zu diskutierenden Vorlage wurde innerhalb von nur 10 Monaten bewerkstelligt. Für die weiteren Schritte, Bearbeitung der Vorlage durch das Parlament, Baubewilligungsverfahren und Bauzeit muss mit noch einmal ca. 12 - 13 Monaten gerechnet werden. Bei einer heutigen positiven Beurteilung der Vorlage durch das Parlament wäre ein Neubau Ende 2003 bezugsbereit. Die Kommission ist der Meinung, dass die politische Zielsetzung in einer möglichst nahtlosen Weiterführung der Beschäftigungsprogramme liegen muss. Mit etwas Glück, das heisst Baubeginnverzögerung bei der +GF+ und dem gut geplanten Erbringen von Eigenleistungen mit Programmteilnehmerinnen und -Teilnehmern wäre diese Zielsetzung knapp erreichbar. Die Kommission erachtet deshalb die zeitliche Dringlichkeit gemäss Art. 5 SubV Abs. 1, lit d. der Submissionverordnung für gegeben, was das vom Stadtrat geplante Vorgehen auch rechtlich absichert.

4. Finanzierung und Kommitement

Die Kommission hat einige kritische Fragen zur Finanzierung diskutiert, welche vom zuständigen Referenten zur Zufriedenheit beantwortet werden konnten. Dabei soll der Grosse Stadtrat zur Kenntnis nehmen, dass die Stadt mit der Federführung im ganzen Projekt Leistungen für Gemeinden und Kanton erbringt, welche zwar sinnvoll und finanziell abgedeckt, nicht aber selbstverständlich sind.

Die Grundlagen dieser Kooperation sind mit dem Kommittement zwischen dem Stadtrat Thomas Feurer und den Regierungsräten Herbert Bühl und Erhard Meister im Juni 2001 gelegt worden. Diese Kooperation muss aktiv gelebt werden. Es bleibt deshalb die Hoffnung und auch ein nachdrücklicher Wunsch des Kommissionspräsidenten, dass sich der Kanton nicht nur über die finanzielle Beteiligung und die ideelle Unterstützung durch Exekutivmitglieder am Betrieb dieser Unternehmung beteiligt. Die erfolgreiche Führung dieser Programme durch die städtische Stiftung bedarf auch einer guten Kooperation zwischen dem eigentlich gesetzlich übergeordneten Kantonalen Arbeitsamt und den weiteren betroffenen Amtsstellen von Stadt und Gemeinden.

Im Namen der Kommission kann ich Ihnen mit ungeteilter Stimme Eintreten auf die Vorlage, die Kenntnisnahme der Vorlage des Stadtrates und auch die Zustimmung zu den Anträgen empfehlen."

Christian Hablützel (SP) Fraktionserklärung *

"Ich kann Ihnen zuletzt auch mitteilen, dass die SP-Fraktion auf die Vorlage eintreten und ihr vollumfänglich zustimmen wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Thomas Hauser (FDP) Fraktionserklärung FDP *

"Zu dieser Vorlage muss man an sich nicht viele Worte verlieren, denn sie ist rundum eine gute Sache. Dies hat man bereits bei der Arbeit in der vorberatenden Kommission gespürt. Die Programme, wie Beschäftigungsprogramm, Anstellungsprogramm oder Taglohnprogramm basieren auf klaren Finanzierungssäulen durch Bund, Kanton und Stadt. Gleichzeitig werden diese Programme fachkundig und effizient betreut. Und wenn wir die wirtschaftlichen Aussichten auch nur oberflächlich studieren oder zur Kenntnis nehmen, können wir unschwer feststellen, dass wir in nächster Zeit auf die Institution Stiftung Impuls und ihre Arbeit sicher nicht verzichten können.

Der einzige Wermutstropfen der Vorlage ist sicher der nötige Neubau, oder der Umstand, dass man keine bestehende Liegenschaft in dieser Stadt für diesen Zweck umnutzen konnte. Mit klaren Zahlen konnte uns aber Stadtrat Thomas Feurer in der Kommission belegen, dass alle Umbauvarianten mit höheren Baukosten verbunden gewesen wären.

Die Baufinanzierung, das heisst der Anteil der Stadt Schaffhausen, durch eine Entnahme aus dem nicht mehr zu äfnenden bürgerlichen Fürsorgefonds von 600'000 Franken ist so richtig, wie die Eigenleistung der Stiftung von 200'000 Franken für die betroffenen TeilnehmerInnen wichtig ist.

Die FDP-Fraktion wird auf diese ausgereifte, zukunftsorientierte (obwohl ich dieses Wort in diesem Zusammenhang nicht gerne sage) Vorlage eintreten, und den Anträgen zustimmen."

Lotti Winzeler (OeBS) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Leider sind nicht alle Menschen in der privilegierten Lage und können einer geregelten Arbeit nachgehen. Einen strukturierten Tagesablauf mit einem sinnvollen Inhalt zu erleben, ist sehr wichtig für den psychosozialen und den physischen

Gesundheitszustand. Der Name FIT FOR JOBS! drückt aus, was die Beschäftigungsprogramme der Stiftung Impuls für ein Ziel haben. Die TeilnehmerInnen sollen fit für den Reintegrationsprozess in die Arbeitswelt bleiben.

An dieser Stelle möchte ich Stadtrat Thomas Feurer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Vorlage danken. Ein weiterer Dank geht an unseren SPK-Präsidenten Christian Hablützel, der das Anliegen von Stadtrat Feurer ernst nahm und das Thema der Sozialhilfe zur breiten Diskussion stellte.

Die SPK hat sich nicht nur mit dem Inhalt der Vorlage befasst. Sie hat sich auch vertieft mit der Problematik der Arbeitslosigkeit auf dem Platz Schaffhausen auseinandergesetzt. Vor unserer 2. Sitzung konnten wir einen Überblick über die vielfältigen Beschäftigungsprogramme erhalten.

Die OeBS/EVP/GB-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und den Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Auch ich möchte noch kurz Stellung nehmen zu den wichtigsten Diskussionspunkten in der SPK. Christian Hablützel hat das bereits sehr ausführlich getan.

Wieso ein Neubau? Es ist schwierig, bei so vielen leer stehenden Liegenschaften in der Stadt SH dieses Vorgehen nachzuvollziehen. Der Kriterienkatalog, welcher erstellt wurde, zeigt jedoch auf, dass dem Entscheid für einen Neubau nichts im Wege steht.

Ein weiterer Punkt ist **die Submissionsvorschrift**, welche für die Planungsvergabe nicht eingehalten wird. Mit der Kündigung der jetzigen Räumlichkeiten durch die +GF+ auf Frühling 2003 und der Dringlichkeit für ein Definitivum, ist nachvollziehbar, weshalb hier die erst vor kurzem in Kraft getretene Submissionsvorschrift mit Ausnahmebestimmungen durchgeführt wird.

Als dritter Punkt wurde intensiv über den **Standort** des Neubaus diskutiert. Die Tanscherhalde, als frühere Abfalldeponie bekannt, hat in Bezug auf Aushubmaterial und Fundamentierung Vorgaben. Das Resultat ist eine betonierte Bodenplatte, auf welcher das Gebäude gebaut wird.

Zum Schluss möchte ich Sie noch auf folgendes hinweisen. Dank den Beschäftigungsprogrammen, welche durch den Bund und/oder den Kanton und auch durch die Stadt finanziert werden, profitiert auch die Öffentlichkeit. Beispiele sind die Instandstellung der Grillplätze, Wanderwege und der Finnenbahnen. Auch können 200'000 Franken der Kosten, die für den Neubau entstehen, durch Eigenleistungen der Stiftung Impuls übernommen werden."

Christian Meister (SVP) Fraktionserklärung *

"Als Mitglied der Spezialkommission möchte ich es nicht unterlassen, meine Hochachtung für die Leiter und Leiterinnen des Programms der Stiftung Impuls „Fit for Jobs" auszudrücken. Sie haben uns vor Ort in eindrücklicher Weise präsentiert, welche Anstrengungen sie unternehmen, um die arbeitslosen Bürger und Bürgerinnen unseres Kantons im Arbeitsprozess zu halten und sie gleichzeitig auch versuchen, diese Leute wieder dem freien Arbeitsmarkt in der Privatwirtschaft zuzuführen.

Es war eine Freude festzustellen, mit welchem Enthusiasmus und grosser Motivation diese Damen und Herren in einem wohl nicht nur menschlich oftmals bestimmt anspruchsvollen Umfeld, sondern vor allem auch in einer von den Gebäulichkeiten her nicht gerade einladenden Infrastruktur grosse Leistungen für die Allgemeinheit vollbringen.

Genau so gut, wie diese Leitung der Stiftung arbeitet, so präsentierte sich auch die Vorlage, nämlich klar und deutlich.

Ich darf es deshalb vorwegnehmen, dass die SVP auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen wird.

Vielen von Ihnen wird es beim Lesen der Vorlage genau so ergangen sein wie uns. Wir hatten keine Freude daran, dass es nicht gelungen ist, dieses Beschäftigungsprogramm der Stiftung Impuls in einem der bestehenden und vor allem leeren Fabrikgebäude in SH unterzubringen. Die Geschäftsleitung der Stiftung Impuls mit Stadtrat Thomas Feurer an der Spitze, konnte uns in der Kommission aber glaubhaft und vor allem auch mit detaillierten Vergleichsunterlagen klar aufzeigen, dass ein Neubau am vorgesehenen Ort die günstigste und beste Möglichkeit darstellt.

Nachdenklich muss uns aber stimmen, dass dort, wo aufgrund der Anbindung an den öffentlichen Verkehr durchaus Möglichkeiten für eine Realisierung vorhanden gewesen wären, es Auflagen der Baubehörden und insbesondere der Feuerpolizei waren, die eine finanziell tragbare Ausführung schlicht unmöglich machten.

Dies muss uns deshalb nachdenklich stimmen, weil diese strengen Auflagen insbesondere der städtischen und kantonalen Feuerpolizei, ganz bestimmt auch ansiedlungswillige Firmen nicht gerade dazu einladen werden, solche leer stehenden Gebäude zu erwerben und zu nutzen."

Theresia Derksen (CVP) Votum *

"Die örtliche Zusammenlegung der Beschäftigungsprogramme der Stiftung Impuls erachtet auch die CVP als sinnvoll. Die wichtigsten Punkte zu dieser Vorlage haben der Präsident der SPK, Christian Hablützel, und meine Vorredner schon dargelegt. Ich muss diese daher nicht wiederholen.

Nicht nur wegen den feuerpolizeilichen Vorschriften wurde kein geeignetes ungenutztes Gebäude für die Zusammenlegung der Beschäftigungsprogramme gefunden. Ein weiteres Kriterium war unter anderem mit Recht auch die Erreichbarkeit mit einem öffentlichen Verkehrsmittel. Auf jeden Fall wäre wohl ausser dem nun geplanten Neubau jede andere Variante um einiges teurer zu stehen gekommen.

Leider ist es tatsächlich so, dass der Aufschwung auf sich warten lässt. Mit einer raschen und entscheidenden Wende der Arbeitsmarktsituation kann im Moment nicht gerechnet werden. Die wichtigsten Prognose-Institute rechnen mit einer verzögerten konjunkturellen Erholung. Vor allem Finanzdienstler, Informatikbetriebe sowie Telecom und Elektronikbetriebe haben in letzter Zeit Entlassungen grösseren Ausmasses angekündigt. Dabei muss man mit Sorge feststellen, dass zunehmend die Altersgruppe der bis zu 20-Jährigen unter den Arbeitslosen figuriert.

Den grössten Anteil der Stellenlosen stellen in der Schweiz und auch in Schaffhausen die 25- bis 49-Jährigen, also Personen im sogenannten besten Alter.

Seit mehreren Monaten kann man zudem auch beobachten, dass der Trend der gemeldeten offenen Stellen rückläufig ist.

Also kann man kaum annehmen, dass die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren massiv zurückgeht. Und wenn doch, dann wird es bestimmt kein Problem sein, den nun geplanten Neubau einem anderen Verwendungszweck zuzuführen.

Ich werde dieser Vorlage zustimmen."

Erwin Sutter (EDU) Votum *

"Die wesentlichen Informationen wurden uns bereits vom Kommissionspräsidenten ausführlich gegeben. Ich möchte ihm für die kompetente und zielgerichtete Kommissionsführung danken.

Das Projekt "Fit for Jobs" verdient m.E. unsere bedingungslose Unterstützung. Das Schwergewicht des unter dem neuem Namen "Fit for Jobs" laufenden Beschäftigungsprogramms ist - wie der Name es andeutet - die Wiedereingliederung bzw. die Zurüstung für eine permanente Anstellung. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit sinken die Chancen zum Wiedereinstieg. Deshalb gehören Weiterbildungsprogramme zum festen Bestandteil. Mit ausgewählten TeilnehmerInnen, also solchen, bei denen mit einem Erfolg gerechnet werden kann, konnten von 22 Teilnehmenden nach einem sechs Monate dauernden Programm für 15, also für etwa 2/3 der Teilnehmenden, eine Arbeitsstelle gefunden werden.

Nach wie vor ist aber der grössere Teil von Menschen im Beschäftigungsprogramm nur schwer vermittelbar. Der Anteil an niedrig qualifizierten Arbeitslosen ist in SH überdurchschnittlich hoch. Für Stellenlose sind eine sinnvolle Beschäftigung und die Begegnung mit anderen Menschen von hoher Bedeutung! Die Kommission konnte sich von der guten Betreuung und Führung bei den Beschäftigungsprogrammen im Mühlental vor Ort überzeugen. Wir hatten den Eindruck, dass die Betreuer und Betreuerinnen dort sehr gute Arbeit leisten.

Ich kann auch bestätigen, dass die Frage nach alternativen Standorten in der Kommission ausführlich diskutiert wurde. Trotz vielen Fragen und Vorschlägen sind wir letztlich einstimmig zum Schluss gekommen, dass ein Neubau aus finanziellen Gründen allen anderen Varianten vorzuziehen ist. Ein Neubau ist auch deshalb positiv, weil der jetzige Standort aus baulichen Gründen nicht optimal ist (schlechte Lichtverhältnisse, ungenügende Isolation - einfache Fensterverglasung). Mit einem Neubau können diesbezüglich optimale Verhältnisse geschaffen werden - sicher auch bessere als mit der Miete von Altbauten. Dass mehrere Altbaumöglichkeiten auch an den sehr strengen feuerpolizeilichen Vorschriften, die zu hohe Sanierungskosten zur Folge gehabt hätte, scheiterten, wurde bereits mehrfach gesagt.

Ich werde auf die Vorlage eintreten und ihr auch zustimmen. Ich finde dies eine sehr gute Vorlage."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Ich habe eine ergänzende Frage betreffend Fundierung dieses projektierten Gebäudes. Darf ich davon ausgehen - im Wissen darum, dass das Gebäude auf die ehemalige Auffüllung zu stehen kommt -, dass die Fundationsfrage im Vorfeld bereits verbindlich und gründlich geklärt worden ist und dadurch keine unvorhergesehenen Kosten allenfalls zu erwarten sind?"

Stadtrat Thomas Feurer Stellungnahme des Stadtrates

"Ich beginne mit der Beantwortung der Frage von Roland Schöttle betreffend die Altlasten bzw. die Fundierung auf diesem Grundstück. Wir wussten bereits frühzeitig, dass dieses Grundstück im Altlasten-Kataster aufgeführt ist. Wir haben die Firma Öko Geo - so viel ich weiss - beauftragt, verschiedene Bohrungen zu machen, alles zusammen mit dem kantonalen Amt für Umweltschutz. Das wurde abgeklärt. Es wurden uns Vorschriften gemacht in Bezug auf die Bauweise. Diese halten wir selbstverständlich ein. Ich bin selber kein Fachmann in diesem Bereich. Aber diese Frage wurde in der SPK vom Spezialisten GrSR Erwin Sutter auch gestellt. Sie wurde mehr als vertieft abgeklärt.

Roland Schöttle (FDP) reicht diese Antwort nicht, "weil ich missverstanden worden bin. Meine Frage stellt sich nach den statischen und nicht nach den ökologischen Verhältnissen."

Stadtrat Thomas Feurer

"Im Zusammenhang mit der Statik auf diesem Boden haben wir ganz am Schluss noch eine Expertise machen lassen durch das Ingenieurbüro Bürgin Egli Partner AG. Es hat die vorangehenden Abklärungen als Grundlage genommen für die Ausarbeitung einer Ingenieur-Expertise für die Foundation dieses Gebäudes. Das ist alles in den Unterlagen vorhanden.

Ich gehe jetzt hinüber zur Gesamtwürdigung der Vorlage. Mich hat selten eine Würdigung einer Vorlage so gefreut. Sie haben die richtigen Fragen in den Raum gestellt. Es ist wichtig - nebst der Tatsache, dass wir darauf angewiesen sind, diese Programme weiter zu führen - immer wieder mit dieser Arbeit, welche getan wird, ohne grosse Aufmerksamkeit zu erregen, vor die Öffentlichkeit treten zu können. Ein Anhaltspunkt ist die Grösse des "Ladens". Es geht um ca. 200 MitarbeiterInnen, welche ständig in dieser Stiftung beschäftigt werden. Es handelt sich wahrscheinlich um eine der grössten Abteilungen der Stadt Schaffhausen, welche wir einfach so neben dran auch noch führen.

So sehr ich Ihnen für die gute Aufnahme der Vorlage danke, so herzlich möchte ich den Mitgliedern der SPK für die interessierte Mitarbeit danken. Wir haben wirklich Informationen austauschen können. Christian Hablützel danke ich für die absolut professionelle Führung der SPK. Ganz am Anfang stand für uns, dass wir einen Ist-Zustand haben und dass wir im Soll-Zustand eine Lösung haben sollten, die nicht mehr kostet als die heutige Lösung. Das ist gelungen. Die Stadt Schaffhausen und auch der Bund, welcher über die Beschäftigungsprogramme kostenmässig ebenfalls beteiligt ist, sowie der Kanton, welcher über den Fonds involviert ist, können damit rechnen, dass die Programmkosten im Rahmen der heutigen Aufwändungen weiter gehen und dass mit den Beträgen auch die Unkosten für die Programme gedeckt werden. In diesem Sinne gehen auch die Rechnungen der Stiftung Impuls "zu Null" auf.

Die Vorlage hat uns einiges Kopfzerbrechen bereitet. Wenn Sie diese sorgfältig durchgelesen haben, haben Sie bei den Organigrammen vielleicht gesehen, dass es sich um eine sehr komplexe Geschichte handelt; komplex nicht wegen dem finanziellen Rahmen, sondern weil sehr viele verschiedene Institutionen, Behörden, Ebenen involviert sind. Die Stadt Schaffhausen ist nur eine davon. Die Schnittstellen müssen ganz genau definiert sein. Es muss klar sein, wer wo wann was macht und zu sagen hat. Das ist nicht immer ganz einfach, wenn wir als hierarchisch untergeordnete Ebene - das sind wir zum Beispiel als Gemeinde gegenüber dem Kanton - quasi als "Leader ship" in einem solchen Projekt tätig sind. Die Zusammenarbeit ist aber mit allen beteiligten Stellen bis jetzt vorbildlich. Es ist auch ein Modell, wie es sein sollte.

Erwin Sutter hat darauf hingewiesen, dass wir eine Fokusänderung vorgenommen haben. Wir möchten nicht mehr wie früher die Leute vor allem beschäftigen und ihnen eine Tagesstruktur geben, sondern wir möchten ihre Ressourcen wieder aufbauen. Wir möchten schauen, dass sie so schnell wie möglich eine Stelle auf dem freien Arbeitsmarkt finden. Das ist sehr anspruchsvoll, weil viele Leute - sei es auf Grund sprachlicher oder beruflicher Qualifikationen - mit dem, was sie mitbringen, nicht grosse Chancen haben. Da wartet noch viel Arbeit auf uns.

Die Sache mit dem Neubau muss ich nicht mehr vertiefen. Sie hat uns alle beschäftigt. Sie ging wie ein roter Faden neben der Frage der Submissionsverordnung durch die Arbeit der SPK. Bei der Suche nach geeigneten Mietobjekten war für mich folgendes eine interessante Erkenntnis und löste Erstaunen aus. Wenn wir die Schaffhauser Industriekulisse anschauen, deren Gebäulichkeiten weitgehend noch da sind, auch wenn dort nicht mehr gearbeitet wird, und wir davon ausgehen, dass dort wirklich wieder Leute arbeiten sollten, muss eher von Abbruchobjekten gesprochen werden als von Industriearealen, die nur darauf warten, mit neuer Nutzung gefüllt zu werden. Dies muss uns sicher in der Stadtentwicklung noch beschäftigen.

Die Sache mit der Submissionsverordnung hat uns auch gestört. Der Baureferent war ja als Mitglied des Stiftungsrates immer wieder konfrontiert mit diesen Fragen. Er hat sich vehement gewehrt. Am Schluss haben wir tatsächlich auf Grund der erfolgten Kündigung durch +GF+ einfach sagen müssen, dass wir diese Zusatzrunde nicht einlegen können. Das kostet uns mindestens nochmals 4 - 6 Monate. Dann stehen wir im schlimmsten Fall für 3 bis 8 Monate auf der Strasse. Dieses Risiko können wir einfach nicht eingehen.

Zur Finanzierung möchte ich sagen, dass sie meiner Ansicht nach mit diesem Anteil des Kantons, mit dieser schnell zu amortisierenden Tranche der Banken und dem Einsatz der Stadt gut geregelt ist. Wir gehen davon aus, dass der Restwert nach der Amortisation diesen 600'000 Franken entsprechen sollte. Das wurde auch abgeklärt. Zudem fällt ja das Gebäude im Prinzip wieder an die Stadt.

Ich sage das gerne hier, dass die Stadt Schaffhausen von der Stiftung Impuls überdurchschnittlich profitiert, in dem die Altersheime, Betriebes des Baus, Gärtnereibetriebe und andere Unternehmen der Stadt immer wieder Leute aus dem Programm beschäftigen und damit eigentlich ein direkter Beitrag an die Verbesserung der Stadtrechnung geleistet wird.

Zum Schluss noch ein Denkanstoss aus aktuellem Anlass. Es wurde unisono gesagt, dass die aktuelle Konjunktur leider nicht Anlass dazu gibt, zu denken, dass wir nächstens auf diese Stiftung verzichten können. Dazu eine kleine Rechnung: Wenn der Bund die Arbeitslosenunterstützung von 520 auf 400 Tage zurückfährt, bedeutet dies, dass ein Viertel der Arbeitslosengelder, welche bis heute über die ALV bezahlt werden, nachher ziemlich schnell von den Gemeinden finanziert werden muss. Also auch dort findet eine Lastenverschiebung von oben nach unten zu Ungunsten der Gemeinden statt. Wenn die Volksabstimmung im Sinne des Bundes ausgeht, wird sie bestimmt keine positive Auswirkungen auf die Rechnung der Stadt Schaffhausen haben.

Das wär's von meiner Seite. Ich möchte mich nochmals bei allen bedanken, die mitgearbeitet haben. Was wir heute gehört haben, stellt allen ein gutes Zeugnis aus. Ich freue mich auf ein gutes Resultat."

Stephan Schlatter (SVP) Votum

"Nur eine Anmerkung. Ich finde es trotzdem schade, dass hier eine Generalunternehmung zum Zuge kommt. Das Granatenbaumgut lässt grüssen. Im gleichen Zeitrahmen hätte ein ordentliches Ausschreibe-Verfahren durchgeführt werden können. Ich sehe diese 4 - 6-monatige Verzögerung nicht."

Stadtrat Thomas Feurer

"Wir haben diese Frage natürlich auch diskutiert. Ich selbst bin nicht Bauexperte. Mir wurde aber seitens des Baureferates eindrücklich und nachvollziehbar erklärt, dass die Kubikmeterpreise, die wir hier haben, so tief seien, dass das Baureferat empfohlen hat, unbedingt mit diesem Unternehmer, der jetzt diese Planung gemacht hat, diesen GU-Vertrag zu machen."

Hans Peter Huber (SVP) Votum

"Auch ich werde auf diese Vorlage eintreten und ihr zustimmen. Ich möchte eine Anmerkung zu einer früheren Vorlage machen - zur VdSR "Heroin gestützte Behandlung (HeGeBe)". Bei jener Vorlage wurde uns in der SPK von der Stiftung Impuls die Nagelfabrik als idealer Standort vorgeschlagen, damit möglichst viele Synergien zwischen der HeGeBe und der Stiftung Impuls zum Tragen kommen. Dies war ein gewichtiges Argument bezüglich Ansiedlung der HeGeBe in der Region Hochstrasse. Ich möchte den Stadtrat bitten, bauliche und feuerpolizeiliche Probleme im Voraus abzuklären, damit in der SPK der Standort klar definiert werden kann."

Stadtrat Thomas Feurer

"Es ist mir ein Anliegen, zu dieser Anmerkung Stellung zu nehmen. Die Abklärung in der Nagelfabrik kostete relativ viel Geld. Wir hatten - glaube ich - in der Grössenordnung 25'000 Franken aufzubringen, um abzuklären, welche baulichen Massnahmen in dieser Nagelfabrik umzusetzen sind. Aufgrund der Abklärungen in der Nagelfabrik, welche sich sehr schnell als ungeeignet erwies (nicht als Standort, sondern aus Kostengründen), hat man sich überlegt, was ein Neubau kosten würde. In der Nagelfabrik hätten allein die feuerpolizeilichen Anpassungen - ohne irgendwelche räumlichen Konzepte umzusetzen - über 1,5 Mio Franken gekostet. Dabei hätten wir zum Schluss gleichwohl noch ein zu kleines Raumprogramm gehabt. Wir wurden mit der Zeit gescheitert. Wir werden dies in Zukunft besser machen können. Ich musste diese Lernkurve leider auch zuerst machen."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Ich habe noch eine Frage zu dieser GU-Geschichte. Der Vorlage entnehme ich, dass vorgesehen ist, einen Generalunternehmer zu beauftragen, dem wiederum die Auflage zum Beizug von Handwerkern gemäss SubV gemacht wird. Den Äusserungen des Sozialreferenten entnehme ich, dass bereits von Kubikmeter-Preisen, d.h. - wenn ich das richtig verstanden habe - von Abmachungen über Preise gesprochen wird. Da sehe ich einen Widerspruch. Findet nun noch ein Wettbewerb unter Generalunternehmern statt oder ist darüber bereits ein Auftrag erteilt zu diesem sagenhaft tiefen Preis?"

Stadtrat Thomas Feurer

"Vielleicht muss mich da der Baureferent noch unterstützen. Das Baureferat, welches von Anfang an in diese Geschichte involviert war, hat uns geraten, dass man eine GU für die Ausführung beauftragt. Wir haben der GU für die Detailarbeiten die Beachtung der SubV auferlegt, d.h. die Arbeiten müssen ausgeschrieben werden. Das ist völlig klar und wurde auf Rückfrage auch bestätigt. Ich bin auch hier zu wenig Baufachmann. Ich nehme aber an, dass die Experten von Ulmer & Zarotti ungefähr wissen, mit welchen Preisen in einer gewissen Bandbreite man rechnen kann und sie uns auf dieser Basis die Offerte gemacht haben."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Es scheint mir ein bisschen heikel, wenn man solche gewichtigen Entscheide aufgrund von Annahmen fällt. Ich habe ganz klar die Frage: Ist hier ein Generalunternehmer bereits bestimmt zu einem Preis, der dem Sozialreferenten vom Baureferat als ein "Hyper-Preis" angeboten worden ist, oder wird noch eine Submission unter Generalunternehmern durchgeführt, bei denen die Auflage auf Weitervergabe gemäss SubV an andere Handwerker und Beteiligte vorgesehen ist? Diese Frage möchte ich beantwortet haben."

Stadtrat Kurt Schönberger auf die Frage der Ratspräsidentin, ob er sich äussern möchte.

"Wenn ich diese Frage beantworten könnte, würde ich sie beantworten. Aus meiner Sicht muss eine Ausschreibung noch erfolgen. Es ist noch kein Auftrag erteilt, so wie ich das jetzt heraus gehört habe. Diese Ausschreibung gemäss SubV - unter Generalunternehmern - kommt noch."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Dann ist die Information bezüglich bereits festgelegtem Preis hinfällig."

Stadtrat Thomas Feurer

"Wir haben ja einen Preis."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Da scheint doch eine Begriffsverwirrung vorzuliegen. Das ist ein Kostenvoranschlag, aufgrund dessen man einen Kredit bewilligt. Ich erinnere an die Geschichte um das Zündelgut-Schulhaus; so beginnen Katastrophen."

Darüber hinaus muss doch das Detail noch veranschlagt werden mit Offerten eines Generalunternehmers. Dieser speist sich ein durch Unterofferten von Detailunternehmern. Dann kann doch hier nicht von einem Preis gesprochen werden, der bereits als sakrosankt irgendwo ausgesprochen worden sei. Für mich ist der Fall jetzt klar, sonst steht es im Protokoll, wie es sein muss."

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen der Vorlage

Seiten 1 - 17 Keine Wortmeldungen

Seite 18 **Kurt Zubler (SP)** nimmt Bezug auf die vorangegangene Diskussion bezüglich SubV. Er verweist auf den zweiten Abschnitt auf Seite 18, wo es heisst: *"Im Weiteren ist zu berücksichtigen, dass das Vorprojekt von Ulmer & Zarotti die Basis dieser Vorlage darstellt. Vorgesehen ist, dass Ulmer & Zarotti die Unterlagen für eine GU-Submission vorbereiten (Holzständerbau). Bei Vergabe an einen Generalunternehmer wird dieser bei der Weitervergabe der einzelnen Arbeiten verpflichtet, die Submissionsverordnung einzuhalten (Art. 1 der SubV)."*

Roland Schöttle (FDP)

"So steht es auf Seite 18 der Vorlage. Aber es gab eine widersprüchliche Aussage des Sozialreferenten."

Seiten 19 - 21 Keine Wortmeldungen

Beilagen 1 - 11 Keine Wortmeldungen

Beilage 12 **Josef Eugster (SVP)** nimmt Bezug auf den Kostenvergleich der Objekte. Der Votant kann an und für sich auch hinter einem Neubau stehen. Er hat eine Frage zur Position Kosten 2.d Nebenkosten wiederkehrend Fr. 19'000.--, welche in der Position 3. Total Bank enthalten sind. J. Eugster möchte wissen, was in der Position Nebenkosten enthalten ist. Es gehe hier ja nicht um die Betriebskosten, sondern um die Erstellungskosten.

Stadtrat Thomas Feurer vermutet, dass es sich hier um Energiekosten handelt. Er wird J. Eugster die Antwort noch nachliefern. Letzterer ist mit dem Vorgehen einverstanden.

Beilagen 13 - 15 Keine Wortmeldungen

ANTRÄGE

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident verliest die Anträge auf Seiten 21/22 der Vorlage.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 13. August 2002 betreffend Neubauprojekt "FIT FOR JOBS!" - Örtliche Zusammenführung der Beschäftigungsprogramme der Stiftung Impuls - Anstellungsprogramme Schaffhausen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Der Grosse Stadtrat stimmt dem Neubauprojekt "FIT FOR JOBS!" und dessen Realisierung durch die Stiftung Impuls - Anstellungsprogramme Schaffhausen unter Mitwirkung des Sozial- und Baureferates zu.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

3. Der Grosse Stadtrat bewilligt zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto 589.525.01, neues Konto für Projekt "FIT FOR JOBS", Neubau; finanziert aus dem bürgerlichen Fürsorgefonds, zugunsten von Konto 589.662.00) einen Kredit in der Höhe von Fr. 600'000.-- für den Neubau eines Betriebsgebäudes für die Stiftung Impuls - Anstellungsprogramme Schaffhausen.

Urs Tanner (SP) wirft die Frage auf, ob der Kredit bei Fr. 600'000.-- bleibt, unabhängig davon, ob die Baute teurer oder günstiger zu stehen kommt.

SR Th. Feurer: "Als Unternehmer würde ich empfehlen, den Bankkredit so tief wie möglich zu halten, weil uns dieser am meisten kostet; dies im Vergleich zu den günstigen Konditionen, welche wir aus dem Sozial-Fonds erhalten. Wenn Sie eine prozentuale Beanspruchung des Fonds festschreiben wollen, dann ist dies o.k. Wir sind ohnehin seit Jahren, daran, diesen Fonds auf Null zurück zu fahren. Das entspricht einer Vorgabe des Regierungsrates.

Ich kann Ihnen noch die Frage von Josef Eugster beantworten. In der Beilage 12 haben wir unter Kosten Position 3. Total das etwas verfängliche Wort *Bank* und unter 4. Total (Fonds, zinslos). Bei der Erstellung dieses Papiers sind wir noch davon ausgegangen, dass es eine Variante gibt, d.h. dass wir die ganze Finanzierung über einen zinslosen Kredit aus dem Sozialfonds machen können. Das wurde aber vom Regierungsrat aufgrund des Dekretes für den Fonds abgelehnt. Die Variante *zinslos* ist folglich nicht mehr relevant."

Roland Schöttle (FDP): "Diese 600'000 Franken resultieren aus der Überführung des ehemaligen bürgerlichen Sozialfonds gemäss neuem Gemeindegesetz in das Vermögen der Einwohnergemeinde. Es geht nicht darum, dass man hier den Betrag so schnell als möglich einfach herunter fährt. Es geht darum, dass man mit diesen Geldern zielgerichtet soziale Aufwendungen betreibt, was hier eindeutig der Fall ist. Aber die Frage stellt sich wirklich, nachdem die Stadt nicht allein Teilhaber an diesem Projekt ist, sondern auch vom Kanton ein Beitrag kommt: Wie sieht dann die Kostenbeteiligung aus? Wer profitiert, wenn das Projekt kostengünstiger ausfällt? Ist es dann der Kanton, dessen Kredit weniger beansprucht wird oder sind es paritätisch beide? Oder sind diese 600'000 Franken fix? Diese Fragen stehen eigentlich im Raum."

SR Thomas Feurer: "Diese 900'000 Franken vom Kanton haben wir als fixe Zusage erhalten. Da gibt es ein Schreiben des Regierungsrates. Diese müssen wir zu den vorgeschriebenen 2,5 oder 3 % verzinsen.

Ich möchte dem Rat empfehlen, dass wir den Betrag von 600'000 Franken fix im Antrag belassen und am Schluss den Bankkredit, den wir ja auch noch brauchen, möglichst tief halten."

Peter Neukomm (SP): "SR Thomas Feurer hat es jetzt gesagt. Diese 600'000 Franken sind ein fixer Betrag. Wenn es billiger wird, profitiert die Stiftung davon und indirekt auch wir. Es ist sicher nicht der Sinn, dass der Kanton davon profitiert. Th. Feurer hat es ja bestätigt, der Beitrag des Kantons ist auch ein fixer Betrag."

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

4. Der Grosse Stadtrat stimmt der Vergabe einer Teilfläche von 2'600 m² des Grundstückes GB Nr. 5790, "Ebnet/Tanscherhalde", im Baurecht an die Stiftung Impuls - Anstellungsprogramme Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 13. August 2002 genannten Bedingungen zu.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

5. Ziffer 3 dieses Beschlusses untersteht nach Art. 11 Abs. 1 lit. d der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage und Anträge des SR mit 44 : 0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 VdSR - EWS, Tarifrevision 2002 (TO 2002) per 1. Oktober 2002

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde direkt traktandiert.

Peter Möller (GB) nimmt Bezug auf die Geschäftsordnung. Er stellt fest, dass bei direkt traktandierten Geschäften dem Stadtrat bzw. dem zuständigen Referenten das erste Wort zusteht. Er überlässt daher das Wort dem Stadtpräsidenten.

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Ich danke Peter Möller, dass er mir den Vortritt lässt und mir Gelegenheit gibt, im Sinne eines kurzen Referates Ihnen zu sagen, was der Stadtrat mit dieser Tarif-Revision will. Ich hoffe, dass ich dazu beitragen kann, dass Sie der Revision heute Abend - trotz vielleicht vieler Bedenken, die in der Zwischenzeit aufgekommen sind - doch zustimmen können.

Wir erfüllen mit der Tarif-Revision zwei Hauptanträge. Wenn Sie zurück schauen in die letzte Tarif-Revision, welche wir im Jahre 1999 mit einem durch die Neuwahlen nicht wesentlich veränderten Rat behandelt haben, da hatten wir einen ziemlich harten Diskurs mit dem "Monsieur Prix", mit dem Preisüberwacher. Das war damals noch Werner Marti, der uns geschrieben hat und immerhin vier Empfehlungen zu Händen des Stadtrates formuliert hat. Diese Empfehlungen sind nicht bindend gewesen, aber sie waren für uns natürlich die Verpflichtung auch, dies im Rahmen weiterer Tarif-Revisionen zu beobachten, denn man geht nicht leichtfertig über die Empfehlungen des Preisüberwachers hinweg. Irgendwann holt einem Werner Marti wieder einmal ein. Das wollten wir nicht. Deshalb haben wir den einen Auftrag von Werner Marti sehr ernst genommen. Er hat nämlich damals empfohlen:

1. Auf die Einführung eines Netzkostenbeitrags ist zu verzichten.
2. Für die Kategorie N ist nur eine einzige und vom Stromverbrauch unabhängige Grundtaxe festzusetzen.
3. Die Überweisungen an die Stadtkasse sind (...) zu beschränken (...).
4. (...) Die durchschnittliche Tarifrückung sollte sich per 1. April 2000 mind. auf 5,5% belaufen.
Wir lagen damals bei ca. 2,7 %.

Wir haben damals gesagt, dass wir versuchen werden, Schritt für Schritt diese Auflagen zu erfüllen.

Wir haben Ihnen heute Abend ein korrigiertes Tarifblatt auflegen lassen; ebenso als Anhang 2 und 3 die heutigen Stellungnahmen des Preisüberwachers - optisch dargestellt. Im Anhang 2 sehen Sie, wo das Stadtwerk Schaffhausen steht im Vergleich zur Stichprobe der Preise in den verschiedensten Tarif-Kategorien - verglichen mit anderen Elektrizitätswerken. Das ist gestützt auf unsere Vorlage, die wir Ihnen heute präsentieren. Wenn Sie den Anhang 2 anschauen, dann stellen Sie fest, dass immerhin für den Bereich Domo eine erfreuliche Situation zu verzeichnen ist. Wir liegen praktisch immer unterhalb des sogenannten Medianpreises. Nur bei der Industrie liegen wir noch leicht über dem Mittel.

Dies hat dazu geführt, dass Raphaël Corazza, der die Stellungnahme abgegeben hat, sich beim Stadtrat gemeldet und uns im Verlauf des Oktobers mitgeteilt hat, dass der Preisüberwacher dieses Mal auf eine formelle Empfehlung zu Händen des Stadtrates verzichtet. Wir haben die Grundtarifstruktur vereinfacht von 4 auf 2 Tarifelemente. Wir sind damit dem Auftrag des Preisüberwachers aus dem Jahre 1999 erfreulich nahe gekommen.

Der zweite Auftrag, den wir mit dieser Tarif-Revision erfüllen, ist der Auftrag der GPK, welcher noch vor den Herbstferien erteilt wurde. Die GPK hat uns beauftragt, die Kundinnen und Kunden des EWS zu entlasten und zwar vor allem auch im Bereich Domo.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt aufgreifen, bevor Sie darüber diskutieren, was Sie mit dieser Vorlage anfangen wollen heute. Die Situation nach der Entscheidung des Volkes, kein EMG in Kraft treten zu lassen und dazu Nein zu sagen, hat zu einer Neuauflage der ganzen Diskussion Schweiz-weit geführt, ob überhaupt Durchleitungsverfügungen erlassen werden können, aufgrund der Entscheide, die wir am 21. September 2002 gefällt haben.

Das Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschafts-Departement hat in der Zwischenzeit entschieden, im Moment keine Durchleitungsverfügungen zu Lasten der EW und zu Gunsten von Kunden zu erlassen. Das ist ein Entscheid, den man in dieser Situation nur begrüssen kann. Das Departement möchte den Entscheid des Bundesgerichtes bezüglich des Freiburger EWs abwarten, welches Rekurs ergriffen hat gegen die Weko in der Wettbewerbsfrage der Durchleitung. Es ist ein Präjudiz, dass das höchste Gericht der Schweiz entscheiden wird. Ich hoffe, dass dieser Entscheid noch in diesem Winter passiert. Aber ich muss Ihnen sagen, es ist punkto Durchleitung und Liberalisierungs-Tempo nicht nur in der Schweiz vieles offen, sondern auch in Europa. Frankreich hat das Liberalisierungs-Tempo gewaltig zurück genommen. Von Deutschland hört man Signale, dass gewisse weitere Öffnungen zum Teil Schwierigkeiten bereiten. Aus England weiss man, dass die Blair-Regierung massiv in die Stromwirtschaft investieren muss, um die Situation mit den Atomkraft-Betreibern nicht entgleiten zu lassen.

In dieser Situation scheint es dem Stadtrat richtig, wenn wir so reagieren, dass wir die Entscheidungs-Grundlagen über die Zukunft der Werke auf der Basis der Motion Zubler in einer Arbeitsgruppe "Strategie" erarbeiten. Es ist richtig, wenn diese Arbeitsgruppe drei Aufträge bekommt - unabhängig vom heutigen Entscheid:

1. Erarbeitung der Eckwerte für die künftige Struktur der Werke im Rahmen der Motion Zubler
2. Erarbeitung einer sogenannten Ablieferungsformel als Vorschlag z.H. des Stadtrates
3. Monitoring-Auftrag, um die Auswirkungen der Tarif-Revision, welche wir heute zu beschliessen haben, zu beobachten, um im Rahmen der weiteren Entwicklung der Strategie der E'Werke entsprechend reagieren zu können.

Ich denke, dass wir die Aufträge, die Sie uns gegeben haben, gut erfüllt haben. Ich möchte auch noch eine Lanze brechen für die Verwaltungskommission. Die VK hat ihren Auftrag, diese Vorlage zu beraten, aus meiner Sicht ebenfalls gut erfüllt. Sie hat in einem Zirkulationsverfahren festgestellt, dass die Aufträge erfüllt sind, und dass diese Tarifabsichten, die wir umgesetzt haben, den Aufträgen entsprechen, die sie uns gegeben hat.

Ich möchte Sie bitten, auch Kenntnis davon zu nehmen, dass der ärgerliche Verschreiber auf dem Tarifblatt DOMO, das Sie bekommen haben (3. Grundpreise, 4. Zeile **mehr als 200 kWh nicht 2'000**) nur in der Beilage ans Parlament passiert ist. Die VK hat die korrekte, d.h. richtige Originalversion gehabt. Ich entschuldige mich für diesen Fehler im Namen des städtischen EW.

Ich bitte Sie, dieser Tarif-Revision Unterstützung angedeihen zu lassen. Wir brauchen ein Signal an die Kundinnen und Kunden des EWS im Sinne der Entlastung, auch im Sinne der DOMO-Kategorie. Denken Sie daran, dass wir eine Konjunktur haben, die nicht besonders gut ist. Auch die Wirtschaft ist dankbar, dass wir mit der 9%igen Tarifreduktion beim Gewerbe eine spürbare Vergünstigung mit umweltfreundlichem Strom machen.

An dieser Stelle möchte ich noch ein Wort sagen zu einer möglichen Kritik, welche noch auftauchen könnte. Es könnte ja Leute geben - wie es nun beispielsweise aus WWF-Kreisen verlautet - die sagen, wir sollten die elektrische Energie nicht

verbilligen, sondern verteuern, um Umweltschutz betreiben zu können. Ich finde diese Haltung nicht unbedingt sehr konstruktiv. Wir haben letzte Woche das Wasserstrom-Zertifikat für den Strom aus dem städtischen EW bekommen. Das ist ein sehr umweltfreundlicher Strom. Ich möchte die Botschaft, die wir den Leuten mit dieser Tarif-Revision geben wollen, etwas differenzieren. "Leute, kauft umweltfreundlichen Strom und stellt den anderen ab!" Das hilft uns wesentlich mehr, und es stützt auch unsere eigenen Produktionsstrukturen. Ich hoffe, damit auch einiges zur Klärung der Ausgangslage für die jetzt einsetzende Diskussion beigetragen zu haben. Ich bitte Sie, der Vorlage zuzustimmen.

Peter Möller (GB) Ordnungsantrag *

"Namens der OeBS/EVP/GB-Fraktion stelle ich Ihnen zu Beginn der Behandlung dieser Vorlage gestützt auf § 38 der Geschäftsordnung den **Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion und Überweisung der Vorlage an eine SPK.**

Ich begründe diesen Antrag wie folgt: Anlässlich der letzten Sitzung haben die Voten von Stadtpräsident Marcel Wenger und Grosstadtrat Sepp Eugster - Mitglied der Verwaltungskommission EWS - den Eindruck erweckt, dass sich die Verwaltungskommission des Elektrizitätswerks mit der konkreten Vorlage an mindestens einer Sitzung auseinandergesetzt und die Vorlage auch diskutiert hätte. Ich zitiere aus dem Protokoll der letzten Sitzung: Gemäss Marcel Wenger habe das EWS die Tarif-Revision gerechnet und in der Verwaltungskommission sei die Sache seriös vorbesprochen worden. Sepp Eugster erklärte, dass die Vorlage zur Tarifrevision EWS in der Verwaltungskommission gut durchleuchtet worden sei. Nun habe ich aber mittlerweile in der Fraktionssitzung erfahren müssen, dass die Vorlage gar nie an einer Sitzung der Verwaltungskommission besprochen wurde. Zwar wurde die Stossrichtung der Vorlage der VK vorgestellt, die eigentliche Vorlage ist den Mitgliedern aber lediglich zugeschickt worden und sie hätten daraufhin Stellung nehmen können. Eine Besprechung der Vorlage fand nicht statt. Unter diesen Umständen kann aus meiner Sicht nun aber nicht gesagt werden, dass die VK die Vorlage gut durchleuchtet und seriös vorbesprochen habe. Der Grund, weshalb dieser Rat der Direktbehandlung zugestimmt hat, fällt damit weg.

Zudem stimme ich dem Stadtpräsidenten zu, welcher an der letzten Sitzung erklärt hat, dass es Punkte in der Vorlage gäbe, welche Zündstoff in sich bergen würden. Hierzu nur so viel. Bei genauer Durchsicht der Vorlage fällt auf, dass vor allem die Stromgrossbezüger oder -verschwender von der Reduktion profitieren würden. Ein Beispiel gefällig? Ich greife hier den Tarif Domo heraus, der für Kleinbezüger bis 200 kWh in 3 Monaten, beinahe eine Verdoppelung des Grundpreises von derzeit Fr. 15.50 auf Fr. 30.-- vorsieht. Da reicht dann auch die Verbilligung der Kilowattstunde nicht aus, um dies wettzumachen. In diesem Zusammenhang gilt es zu berücksichtigen, dass auch schon Kritik der Umweltverbände und Referendumsdrohungen von Einzelpersonen im Raum stehen. Ich möchte nicht, dass die Städtischen Werke schon wieder mit einer Vorlage vor dem Volk fallieren.

Daher erscheint es mir wichtig, dass sich eine Spezialkommission dieses Rates mit der Vorlage auseinandersetzt und eine bessere Lösung der heiklen Probleme findet. Denn es gibt verschiedene Varianten, um die vom Stadtpräsidenten erwähnten Aufträge zu erfüllen. Hierfür ist auch notwendig, allenfalls einen kleinen Zeitverlust in Kauf zu nehmen."

Urs Tanner (SP) Votum

"Ich bin als Mitglied der Verwaltungskommission EWS auch ein wenig gefragt. Wir haben in der VK das Budget 03 am 25. Juni 02 besprochen, also relativ früh. Da wurden wir kurz orientiert von Stadtpräsident Wenger. Zusammenfassend: Absicht, Tarifsenkung statt geplant um 4% um 6% vorzunehmen usw. Die Unterlagen würden der VK zur Vernehmlassung zugesandt werden. Mit Brief vom 30. Juli wurde uns die Vorlage mit dem erwähnten Fehler zugeschickt. Man hatte 2 Wochen Zeit, sich dazu zu äussern. Es wurde geschrieben: "Wir erwarten Ihre Reaktion bis Montag, 12. August. Wenn Sie dieser Vorlage nicht zustimmen können, wird eine Beratung in der VK gewünscht." Das heisst, das Vorgehen war absolut seriös. Alle Fraktionen sind durch Mitglieder in der VK vertreten. Es wurde nicht SPK-mässig abgehandelt, weil es nicht von Nöten war. Wir haben keine Punkte gesehen, die diskutiert werden müssen. Das Thema stand im Raum. Die Vorlage konnte kopiert werden von den VK-Kollegen an die Fraktionsmitglieder. Die Motion Zubler ist noch nicht bearbeitet worden; da habe ich auch eine andere Meinung als meine "Chefin". Man muss nicht die VK nachdoppeln durch eine SPK. Ich hoffe, dass wir diese Arbeit auch gut machen können. Die Mehrheit der SP-Fraktion wird diesen Ordnungsantrag ablehnen."

Peter Wullschleger Votum

"Wir erleben heute offensichtlich eine Sternstunde des Formalismus. In einer ersten Runde haben wir über die korrekte Formulierung stadträtlicher Vorlagen in den Anträgen gesprochen. Jetzt sollen wir darüber diskutieren, wie man eine solche Vorlage des Stadtrates aus den Städtischen Werken korrekterweise vorzubehandeln hat, bevor sie im Plenum des GrSR behandelt wird. Ich habe Mühe mit dem Antrag Möller, weil eine Behandlung durch eine SPK keine Garantie gibt für eine politische Einigkeit, geschweige denn für eine grössere Qualität. Die Vorlage, wie sie nun dem GrSR vorliegt, ist meines Erachtens eine gute und klar verständliche Vorlage, die natürlich politischen Diskussionsstoff beinhaltet. Diese Diskussion kann aber durchaus in diesem Rahmen geführt werden. Eine SPK würde eben nicht Gewähr bieten, dass diese Diskussion nicht stattfindet.

Wenn Ansichten und Einwändungen von Parteien oder Verbänden da sind, die sich gegen die vorliegende Tarifordnung richten, sollen diese hier vorgetragen werden, damit wir auf die Einsetzung einer SPK verzichten können."

Josef Eugster (SVP) Votum

"Ich möchte zum Votum von Herrn Möller lediglich sagen, dass ich an der letzten Sitzung nicht gesagt habe, wir hätten die Vorlage in der VK behandelt - die Vorlage ist datiert vom 10. Sep. 2002 -, sondern wir haben in der VK die Tarif-Revision behandelt. Aufgrund dieses Ergebnisses wurde dann diese Vorlage geschrieben. Wenn das anders im Protokoll steht, dann ist das eindeutig ein Missverständnis. Ich bitte Sie - sollte Peter Möller an seinem Antrag festhalten - diesen zurück zu weisen."

Raphaël Rohner (FDP) Votum

"Ich kann auch für meine Fraktion klar signalisieren, dass wir für die Behandlung dieses Geschäftes sind. VK-Mitglied Urs Tanner hat noch die notwendigen Klärungen des Tatbestandes erläutert. Das taktische Manöver scheint mir in seiner Stossrichtung nicht sehr sachdienlich zu sein, und auch die ihr zu Grunde liegende Strategie mehr als nur klar. Ich denke, dass wir hier ein dringliches Geschäft haben. Wir haben uns jetzt und heute mit den klar formulierten Vorgaben des Stadtrates und den Anträgen auseinander zu setzen.

Wir können - wie GrSR Peter Wullschleger es schon gesagt hat - uns auch heute materiell mit der Angelegenheit beschäftigen, selbst wenn eine SPK das Ganze nicht noch einmal durchberaten hat."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Das Thema der Referendumsdrohungen hat mich etwas aus der Reserve gelockt. Ich bin sehr dankbar, dass Peter Möller Fakten auf den Tisch gelegt hat. Das ist eine Information, mit der wir hier durchaus auch während der materiellen Behandlung umgehen können. Ich möchte Ihnen einfach eines sagen: Ich werde den Eindruck nicht los, dass es Kräfte gibt in Schaffhausen, die nicht unbedingt der Stadt wohlgesinnt sind, welche die preisliche Besserstellung der Kundinnen und Kunden durch das städtische EW jetzt nicht wollen. Diese Kräfte möchte ich nicht fördern. Es sind Kräfte, die versuchen, vielleicht ändern als umweltfreundlich hergestellten Strom in einer späteren Auseinandersetzung mit der Konkurrenz los zu werden. Ich kann Ihnen nur eines sagen. Ich werde natürlich, wenn es so weit kommen sollte, die Stellungnahme des Preisübewachlers veröffentlichen. Dann - denke ich mir - haben wir eine gute Chance."

Esther Bänziger (SP) erinnert den Rat daran, dass sie bereits vor den Herbstferien deponiert habe, dass es problematisch sei, eine solche Vorlage ohne Vorberatung in einer SPK in den Rat zu bringen. "Es ist damals gesagt worden, die Sache sei sehr seriös vorbehandelt worden. Es hat auch heute wieder geheissen, die VK mache dies quasi wie eine SPK. Ich habe aber noch nie eine SPK erlebt, wo man einfach zu Hause zwei Wochen Zeit hatte, die Sache anzuschauen und ein Telefon geben konnte oder nicht. Man hat immer Sitzungen abgehalten. Dazu kam, dass die Vernehmlassungsfrist in diesem Fall mitten in die Sommerferien fiel. Ich stelle aber fest und sehe ein, dass es im Moment der falsche Zeitpunkt ist, weil auch die SP sehr dafür einsteht, dass für die Stromkundinnen und -Kunden eine Tarifsenkung gemacht wird. Aus diesen Grunde bin ich bereit, zu finden, dass wir dieses Geschäft heute behandeln können. Aber es ist m.E. nicht so seriös gelaufen, wie man es uns versichert hat."

Peter Möller (GB) Votum

"Zu Peter Wullschleger möchte ich sagen, dass es nicht darum geht, was das richtige oder korrekte Vorgehen ist. Es geht mir darum, dass man in einer SPK unter Leitung der Fachleute die Vorlage behandeln kann. Deshalb setzen wir Spezialkommissionen ein. Sonst können wir mit der Argumentation, die ich heute so höre, auf sämtliche SPK verzichten, weil viele Vorlagen des Stadtrates gut überdacht und schlüssig formuliert sind, so dass wir das hier direkt behandeln können."

Zu Raphaël Rohner: Ich weiss nicht, was für eine Strategie er mir unterstellen will. Mir geht es ausschliesslich darum, dass wir in einer SPK die Sache besser besprechen können - vor allem mit Auskünften der Fachleute. Ich sehe den zeitlichen Druck. Aber da muss ich Ihnen halt wirklich sagen, der Fehler passierte an der letzten Sitzung u.a. aufgrund der "missverständlichen Äusserungen" von Mitgliedern der Verwaltungskommission, die dann anscheinend auch missverständlich ins Protokoll kamen."

Kurt Zubler (SP) Votum

"Erstens möchte ich der Komplotttheorie von Stadtpräsident Marcel Wenger nicht beipflichten. Ich glaube, darum geht es hier wirklich nicht."

Das kann ich nicht nachvollziehen. Ich bringe auch dem Anliegen von Peter Möller eine gewisse Sympathie entgegen, denn es geht darum, dass wir unsere Geschäfte seriös abhandeln. Ich bin aber der Meinung, dass wir mehrfach in diesem Jahr das Signal gefordert haben - besonders auch wir von der SP -, diesen Schritt zu vollziehen. Das Angebot von Marcel Wenger, dass man ein Monitoring über diese Tarifveränderung einführen sollte, ist ein wichtiger Entscheid. Wir sind der Meinung, dass wir gegenüber den BürgerInnen nicht einen Schritt zurück, zwei nach vorne und drei Schritte zurück und so eine Hüst- und Hott-Politik betreiben dürfen, sondern jetzt dieses Signal geben sollten."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Ich möchte nur etwas sagen zum Spannungsfeld zwischen SPK und VK. Ich betrachte die VK sowohl bei den Verkehrsbetrieben wie bei den Werken eigentlich als besser informierte Spezialkommission als eine punktuell zusammengesetzte SPK. Innerhalb der VK ist Kontinuität in der Information, in der Abwicklung usw. gewährleistet, was in einer SPK nicht ist. Insofern kann ich die Arbeit der VK nicht minder werten als diejenige einer SPK. Ich möchte auch nicht davon ausgehen, dass diese VK, Esther Bänziger, die Sache nicht seriös behandelt hat, weil ich die gleiche Arbeit in der VK der Städtischen Werke auch mitgemacht habe. Im übrigen haben wir auch schon in Spezialkommissionen - um Kosten zu sparen -, Entscheide auf dem Brief- oder Postweg abgewickelt. In der heutigen Zeit der E-mails ist es "gang und gäbe", dass wir solche Beschlüsse über diesen elektronischen Weg kurzschliessen und damit Sitzungen verhindern und Kosten sparen. Das ist nichts Neues."

Christian Hablützel (SP) Votum

"Ich habe auch Verständnis für das Anliegen, dass man das nochmals diskutieren möchte. Ich möchte aber meiner Befürchtung Ausdruck geben, dass die Diskussion in einer SPK dazu führen könnte, energiepolitische und strategische Fragen der Städtischen Werke an dieser Tarif-Revision abzuarbeiten, was nicht passieren darf. Ich habe auch den Eindruck und die Befürchtung, dass unser werter Herr Direktor Bolli in spätestens 10 oder 11 Monaten mit einer neuen Tarifvorlage wieder in den Rat kommen muss, weil er nämlich die Tarife nicht selbständig anpassen kann und etwas in Bewegung ist in diesem Bereich. Falls sich die Entwicklung dann als Fehlentwicklung herausstellt, haben wir so ca. alle 11 bis 12 Monate die Gelegenheit, diese Diskussion wieder zu führen. Ich möchte deshalb allen warm ans Herz legen, die Vorlage jetzt zu beraten, damit wir vorwärts machen können."

ABSTIMMUNG

Der Ordnungs-Antrag von Peter Möller (GB) - gestützt auf § 38 der Geschäftsordnung - auf Abbruch der Diskussion und Überweisung der Vorlage an eine Spezialkommission unterliegt in der Abstimmung mit 2 : 35 Stimmen.

Die Eintretensdebatte wird somit weitergeführt.

Peter Neukomm (SP) Fraktionserklärung *

"Warum sagt die SP Ja zu dieser Tarif-Revision? Christian Hablützel, Kurt Zubler und Urs Tanner haben schon einiges vorweg genommen."

Die ursprüngliche Intention für diese Tarifrevision hatte zwei Gründe:

1. Die Wettbewerbsfähigkeit der Städtischen Werke als Verwaltungsabteilung der Stadt im liberalisierten Strommarkt zu stärken und
2. die hohen Gewinne resp. die prall gefüllten Kässeli, welche für die Verselbständigung der Werke geüffnet wurden, zumindest zu einem Teil den Eigentümern der Werke, nämlich der Stadtbevölkerung, zukommen zu lassen.

Nach der eidg. Volksabstimmung vom 22. September kommt die Strommarkt-Liberalisierung nicht oder zumindest nicht in dem ursprünglich erwarteten Ausmass. Das Bundesgericht hat zur Zeit den Ball bei sich in Sachen Durchleitungsrechte und wird sich hüten, den Volkswillen zu missachten. Die erste Begründung für die Tarifrevision hat sich dadurch stark relativiert. Trotzdem ist es nötig - da stimmen wir Stadtpräsident Marcel Wenger zu - die Strategie der Werke neu zu überdenken.

Der zweite Grund für die Tarifsenkungen, die Rückerstattung der Rückstellungen für die Verselbständigung der Werke an die Kundschaft, ist nach wie vor aktuell. Wir sind uns aber bewusst - da können wir Peter Möller beipflichten -, dass die Art und Weise der vorliegenden Tarifrevision vor allem den grösseren Strombezügern zugute kommt, die Tarif-Revision keine ökologischen Komponenten in sich trägt und auch die Frage nach den zukünftigen Abgaben der Werke an die Stadt nicht löst. Sie haben es von Kurt Zubler und Christian Hablützel gehört, dass die Tarif-Revision unserer Ansicht nach nicht der geeignete Ort ist, um diese Fragen, die auch uns am Herzen liegen, zu lösen. Wir haben uns in der SP Fraktion entschieden, diese Fragen separat anzugehen. Wir wollen nicht mehr jedes Jahr über die Höhe der Abgaben der Werke an die Stadtkasse streiten. Es sollen künftig objektivierbare, faire Lösungen gefunden werden, welche sich am Erfolg der Werke orientieren. Ein entsprechender Vorstoss für eine solche Regelung ist bei uns in Vorbereitung. Jetzt haben wir gehört, dass sich auch die Arbeitsgruppe Strategie damit befassen soll. Da wird doch einiges an Bewegung in nächster Zeit zu erwarten sein.

Dasselbe gilt für die vermehrte ökologische Ausrichtung der Städtischen Energiepolitik: Auch hier prüfen wir zur Zeit Vorstösse, insbesondere die Möglichkeit der Einführung einer kommunalen Lenkungsabgabe. Wir werden Ihnen in den nächsten Wochen Vorschläge präsentieren und hoffen dann auf eine interessante und fruchtbare Diskussion.

In diesem Sinne werden wir auf die Vorlage eintreten."

Peter Wullschleger (CVP) Fraktionserklärung FDP/CVP *

"Ich könnte mich jetzt eigentlich auch den Worten von Kollege Peter Neukomm anschliessen. Die FDP/CVP-Fraktion hat aber noch einige ergänzende Gedanken zu diesem Thema.

Im Mai dieses Jahres wurde den Leserinnen und Lesern der Sonntagszeitung mit einem Artikel wieder einmal vor Augen geführt, wie rasant sich in den letzten Jahren die Belastung der Bürgerinnen und Bürger mit Steuern und Gebühren entwickelt hat. Vorlagen wie die Tarifrevision 2002 des EWS sind deshalb zu begrüssen, was die Fraktion von FDP und CVP auch einhellig tut.

Natürlich lässt sich auch in einer guten Vorlage immer ein Haar in der Suppe finden, wenn nur genügend lange gesucht wird.

Damit meine ich nicht die orthographisch zweifelhafte Schreibweise von „zu Lasten“ in den handschriftlichen Ergänzungen zu Ziff. 2 im Kapitel Bestimmungen der Tarifblätter oder eine zuviel gesetzte Null.

Vielmehr liesse sich trefflich über den Umfang der beantragten Preissenkung diskutieren. Wenn trotz reduzierter Gebühren damit gerechnet werden darf, dass die Werke Ablieferungen an die Stadtkasse in der bisherigen Grössenordnung tätigen können, darf die Frage aufgeworfen werden, ob die Gebühren nicht noch stärker gesenkt werden könnten. Letztlich kann es nämlich nicht der Zweck städtischer Werke sein, Strukturmängel der allgemeinen Verwaltung dank hoher Stromgebühren zu konservieren. Selbst unter Berücksichtigung dieses Punktes ist aber die Vorlage für die FDP/CVP-Fraktion eine gute Sache. Die bisherige Quersubventionierung kann nur durch entsprechendes Kostenmanagement beibehalten werden. Sofern dieses Ansinnen gelingt, würde bewiesen, dass es möglich ist, in Verwaltungsabteilungen Einsparungen in der Grössenordnung von 10 % zu tätigen. Wenn Ihnen diese Formulierung bekannt vorkommt, ist das nicht zufällig. Die FDP/CVP-Fraktion vermag diesem Aspekt der Vorlage deshalb viel Positives abzugewinnen.

Aus ökologischer Sicht könnte moniert werden, dass die Stromgebühren eigentlich erhöht und nicht gesenkt werden sollten. Damit eine solche Massnahme jedoch Wirkung zeigen würde, müssten die Gebühren derart erhöht werden, dass eine Tarifanpassung politisch nicht mehr durchsetzbar wäre. Wer so denkt, müsste konsequenterweise umgehend generelle Preiserhöhungen bei gleichbleibenden Salären verlangen. Das würde den Konsum und entsprechend den Energieverbrauch rasch und spürbar reduzieren. Dass solches Tun nicht mehrheitsfähig ist, bedarf keiner Beweise. Im Zusammenhang mit dem EWS-Strom sind derartige Überlegungen auch fehl am Platz, handelt es sich doch bei der in Schaffhausen produzierten Energie um ökologisch einwandfreie. FDP und CVP melden deshalb auch in dieser Hinsicht keine Vorbehalte gegenüber der Vorlage an.

Die FDP/CVP-Fraktion beurteilt die Vorlage als sinnvoll und ausgewogen, weshalb wir ihr zustimmen und sie Ihnen zur Annahme empfehlen."

Josef Eugster (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU *

"Nachdem das EMG abgelehnt wurde, bleiben die Monopole im Elektromarkt - zumindest in der nächsten Zeit - weitgehend bestehen.

Bei den Grossabnehmern wird sich eine wilde Liberalisierung durchsetzen.

Für das EWS ist es wichtig, dass die Differenz mit gleich gelagerten Strom-Versorgern in Grenzen gehalten werden kann.

Daher ist die Tarifrevision ein wichtiger Schritt in die Zukunft.

Die Höhe für Ablieferungen in die Stadtkasse im Voraus festzulegen, wäre komplett falsch und würde die Flexibilität der Städt. Werke stark einschränken.

Die Höhe der Ablieferungen an die Stadtkasse sollte nach Vorliegen des jeweiligen Jahresergebnisses festgelegt bzw. durch die VK beantragt werden.

Die Fraktion SVP/EDU wird der Tarifrevision zustimmen."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Ich danke Ihnen für die grundsätzlich gute Aufnahme der Vorlage - allerdings mit verschiedenen Untertönen, die wir heute sehr deutlich aus dem Parlament zur Kenntnis genommen haben. Es ist richtig, wenn wir möglichst rasch eine Arbeitsgruppe zur Strategieerarbeitung einsetzen, ein Monitoring für diese Tarif-Revision in Auftrag geben und für die Ablieferungen an die Stadtkasse eine Formel finden, damit die Werke gesicherte Rahmenbedingungen haben, um weiter erfolgreich produzieren zu können. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ist ein sehr wichtiger Schritt. Wir haben im Vorfeld der Abstimmung über die Verselbständigung der Werke gemerkt, dass hier einiges noch zu tun ist. Besonders im Bereich der Haushalte haben wir jetzt einen guten Schritt gemacht. Wir sollten auf diesem Weg fortfahren. Die Frage, ob die ökologische Komponente bei den Städtischen Werken komplett fehlt, möchte ich etwas konterkarieren, Peter Neukomm. Ich denke, sie fehlt wirklich nicht. Es ist so, dass wir uns möglicherweise ökologisch zu wenig gut verkaufen. Das könnte ich als "Lehrblätz" heute akzeptieren. Aber es ist so, dass die Städtischen Werke als Gesamtbetrieb mit der KWS, mit den Wärme-Kraft-Koppelungsprogrammen, welche wir mit dem Engagement beispielsweise bei der Biogas AG oder alternativen Energieerzeugungsanlagen haben, durchaus vergleichbar sind mit dem EKS. Wir haben noch einen grossen Vorteil. Wir produzieren wirklich Strom aus Wasserkraft. Wasserkraft gilt heute als effektiv umweltfreundliche Quelle für diesen Strom. Wir haben es auch durch Optimierungen beim Kraftwerksbetrieb geschafft, diese Ausbeute noch zu verstärken. Wir werden diese spannende Diskussion sehr gerne führen, weil je besser wir in diesem Bereich werden, desto eher haben wir die Chance, in einem europäischen Strommarkt eben auch Zertifikate zu handeln. Das ist eine interessante Alternative, wenn es möglich ist, mit Zertifikaten in Europa umweltfreundlichen Strom eben auch über die Grenze verkaufen zu können, ohne dass wir eine Durchleitung in Anspruch nehmen können. Das wäre ein Punkt, den man weiter noch verfolgen muss. Die ökologische Komponente fehlt aus meiner Sicht nicht. Sie ist möglicherweise in der Kommunikation und im Marketing noch etwas stärker zu betonen.

Peter Wullschleger hat darauf hingewiesen, dass die rasante Belastung der BürgerInnen durch Tarife und Gebühren im Grunde eine gefährliche Entwicklung ist, weil sie eben sozial stumpf ist. Wenn Sie das über eine erfolgsabhängige Komponente machen - bei der Einkommensbesteuerung -, dann haben die Leute, die weniger Erfolg haben, die weniger Einkommen haben, eine weniger starke Belastung. Bei Tarifen und Gebühren ist es eben nicht so. Das sehen wir auch bei der Kehrrichtgebühr. Es war schwierig, eine Sozialkomponente einzuführen.

Ich denke, dass wir trotz der Anhebung der Grundpreise für kleine VerbraucherInnen einen doch guten Kompromiss gefunden haben. Es ist ja so, dass wir nur bis 200 kWh/Mt. hier eine Verstärkung haben. Es sind ungefähr 5 % der StrombezügerInnen, welche von dieser Anhebung des Grundpreises betroffen sind. Über 200 kWh werden alle gleich behandelt.

Josef Eugster hat richtigerweise festgestellt, dass die Ablieferungen im Voraus festzulegen, ein problematischer Vorgang ist. Wir müssen uns im Rahmen der Strategie-Arbeitsgruppe unterhalten, wie wir hier einen Mechanismus finden, wie die Ablieferungen für das Werk berechenbar werden, ohne dass die Unsicherheit der Budgetdebatten jedes Mal die Ablieferungen der Werke massiv belastet.

Wir haben aber auch in Bezug auf das Budget 2003 ganz klar festgestellt, dass wir immer noch auf gewisse Ablieferungen angewiesen sind. Es ist auch richtig, wenn diese Ablieferungen erfolgen, denn die Stadt stellt immerhin den Werken als ihren Regiebetrieben den Grund und Boden zur Verfügung, und sie hat einmal das Startkapital für die Werke eingeschossen. Das war nicht wenig Geld. Die Stadt sollte deshalb auch profitieren können von dieser unternehmerischen Entscheidung unserer Vorväter. Ich bin sicher, dass wir eine gute Lösung finden werden.

Insgesamt bin ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die Ihnen vorgeschlagene Revision der Tarif-Ordnung unterstützen können. Ich bitte Sie, der Revision heute zuzustimmen."

Edgar Zehnder (SVP) Votum

Der Votant hat eine Verständnisfrage. Er hat ein Rechenspiel durchgeführt für kleinere Wohnungen - sprich 4 Zi-Wohnungen oder kleinere EFH. Da steht geschrieben, dass diese im Bereich von 2'500 kWh pro Jahr liegen, d.h. alle diese StrombezügerInnen kämen bezüglich Grundpreis in die Tarifgruppe 0 - 200 kWh pro Monat. Dieser Grundpreis Domo (Einfachtarif) betrug bis anhin Fr. 15.50 pro Quartal = Fr. 62.-- pro Jahr, neu soll der Grundpreis Fr. 10.-- pro Monat = Fr. 120.-- pro Jahr betragen. Dies ergibt einen erklecklichen Aufschlag, welcher durch die Tarifsenkung nicht kompensiert wird. "Habe ich dies richtig verstanden?"

Herbert Bolli, Direktor der Städtischen Werke

"Die Frage dieser Grundpreise ist in der Tat komplex, weil es sich hier um eine Strukturanpassung handelt. Aufgrund des Auftrages des Preisüberwachers haben wir die ursprünglichen 22 Grund-Tarife auf zuerst 4 und nun auf 2 reduziert. In der heute noch gültigen Tarifordnung mit 4 Tarif-Kategorien ist der Verbrauch pro 3 Monate angegeben. Die kleinste Kategorie nach der heute geltenden Tarif-Ordnung heisst 0 - 200 kWh pro 3 Monate, d.h. - auf das Jahr gesehen - sind es Kunden, die bis 800 kWh pro Jahr beziehen. Das sind in der Gesamtzahl der Privatkunden weniger als 5 %. Wenn wir schauen, welche Kunden bzw. Objekte dies betrifft, so sind das Garagen mit Einzelzählern, Bienenhäuser etc. Es ist in der Tat leider so - das ist mit jeder Strukturanpassung nicht zu vermeiden -, dass es Gewinner und Verlierer gibt. Weil wir ja die Anzahl Grundpreise reduzieren mussten, aber nicht alle Grundpreise auf dem tiefsten bestehenden vereinen konnten - dazu hätte das Geld in der Kasse gefehlt - mussten die kleinsten Grundpreise etwas angehoben und die höchsten Grundpreise etwas gesenkt werden."

Edgar Zehnder (SVP) insistiert. Es seien nicht nur Bienenhäuser in dieser Kategorie. "Ich weiss nicht, was Sie für ein Haus haben, Herr Bolli." Er wiederholt seine Aussage, dass der Jahresverbrauch von 2'400 kWh ungefähr dem Bedarf einer 4-Zi-Wohnung entspricht.

Herbert Bolli, Direktor der Städtischen Werke weist darauf hin, dass es in der heute noch gültigen Tarifordnung die Grundpreis-Kategorie gibt für Kunden mit 201 - 600 kWh Bezug pro 3 Monate, was einem Jahresbezug von 800 - 2400 kWh entspricht. Hier beträgt der Grundpreis heute Fr. 27.50 pro 3 Monate = Fr. 110.-- pro Jahr. Diese Kunden wurden durch die Reduktion der Anzahl Kategorien von 4 auf 2 in die neue Gruppe 0 - 200 kWh pro Monat = bis 2'400 kWh pro Jahr eingereiht und bezahlen neu Fr. 10.-- pro Monat, d.h. Fr. 120.-- pro Jahr. Für diese BezügerInnen resultiert in der neuen Tarif-Ordnung lediglich ein Aufschlag von Fr. 10.-- im Jahr.

Peter Neukomm (SP) Votum

"Ich wollte nur kurz ein Missverständnis ausräumen. Vorerst möchte ich jedoch meiner Freude über die bürgerliche Einsicht Ausdruck verleihen, dass die Gebühren unsozial sind, weil sie nicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Betroffenen Rücksicht nehmen. Dies ist ein altes Anliegen von uns. Wir werden Sie bei Gelegenheit daran erinnern.

Ich bin jetzt nicht gewillt, eine inhaltliche Diskussion über die mögliche Form der Abgabe der Städtischen Werke an die Stadtkasse und über die Möglichkeiten einer vermehrten ökologischen Ausrichtung in der städtischen Energiepolitik zu führen. Marcel Wenger, ich habe nicht gesagt, es sei keine ökologische Ausrichtung vorhanden. Ich habe gesagt, die Tarif-Revision hat keine ökologische Komponente. Wir möchten fragen, ob es noch eine vermehrte ökologische Ausrichtung in der städtischen Energiepolitik geben kann, ob es Möglichkeiten gibt. Das ist unser Anliegen. Wir wollten niemand diskreditieren, dass wir bei den Städtischen Werken keine ökologische Ausrichtung hätten."

Hans Ith (SVP) Votum

"Wir diskutieren hier über das städtische EW. Die Hälfte hier im Rat hat zu diesem Werk überhaupt nichts zu sagen, nur weil man bei der Eingemeindung von Buchthalen und Herblingen vergessen hat, den Scheidungsantrag zu stellen, weil man einen neuen Partner hat. Ich bitte Herrn Bolli oder den Stadtrat, dies so schnell wie möglich nachzuholen. Sicher, scheiden kann man nur, wenn auch der Partner einverstanden ist, aber das ist ein Mangel."

Peter Möller (GB) nimmt zuerst Bezug auf das Votum des Vorredners: "Man kann sich auf 4 Jahre trennen und dann die Scheidung einreichen.

Um wieder zurück zu Sache zu kommen, wir sind von der Eintretensdebatte ein wenig in die Detailberatung geraten. Ich äussere mich wiederum zum Tarif Domo. Ich habe nun erfahren, weshalb man den Grundpreis, welcher bisher für 3 Monate berechnet wurde, neu auf 1 Monat-Ansätze festgelegt hat (Statistik der Elektrizitätsbranche - Vergleiche in den Verbänden werden auf der Monatsbasis angestellt). Was mir nicht klar ist und was mich interessieren würde:

Weshalb kommt man genau auf die Grenze von 200 kWh?

Bestehen Berechnungen - wenn man den Grundtarif herabsetzen würde, um den Schmerz der Erhöhung zu lindern -, um wieviel dieser reduziert werden müsste und was dies die Stadtkasse kosten würde?"

Herbert Bolli, Direktor der Städtischen Werke

"Wir haben uns sehr wohl viele Überlegungen zu diesen Grundpreisen gemacht. Ich kann voraus schicken, dass es uns "wohler" gewesen, wir hätten den Mut gehabt, in einem Schritt auf einen Grundpreis zu gehen. Aber genau das Wissen, dass es Gewinner und Verlierer bei einer solchen Strukturanpassung gibt, hat uns von diesem Vorgehen abgehalten. Wir haben uns entschlossen, ein etappiertes Vorgehen zu wählen. Die Frage, wo wir diese Grenzen für diese zwei Grundpreise heute festlegen, ist im Prinzip aus Sicht der Energiewirtschaft eine unwesentliche, weil das Ziel ja sein muss, in Erfüllung der Auflagen des Preisüberwachers bei der nächsten Tarif-Revision wenn möglich diese zwei Kategorien in eine Kategorie zusammen zu führen.

Die Festlegung bei 2'400 kWh basiert auf der Überlegung, dass Haushaltungen, welche zwar elektrisch kochen, aber das Wasser nicht mit Strom machen, dass diese als sog. Klein-Privatkunden taxiert werden. Das können Sie auch in den Statistiken des Preisüberwachers sehen. Kunden mit mehr als 2'400 kWh werden in die Kategorie der grossen Privatkunden eingestuft.

Ich kann Sie auch noch informieren, dass die Anpassung der Grundpreise in sich für die Städtischen Werke ertragsneutral ist. Aufgrund der Reduktion von 4 auf 2 Grundpreise haben unsere Modellrechnungen ergeben, dass wir in der Summe weder mehr noch weniger Einnahmen haben. Wie gesagt, es gibt Gewinner und Verlierer.

Zur Frage der Höhe der Grundpreise muss gesagt werden, dass die Empfehlungen des Bundesamtes für Energiewirtschaft festhalten, dass im Grundpreis enthalten sein muss: die Finanzierungskosten für den Zähler, die Bewirtschaftung der Zählgeräte. Das ist aufwändig, weil die Zähler mit Stichproben immer wieder auf die Gang-Genauigkeit in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Messwesen überprüft werden müssen. Im weiteren muss die Ablesung der Zähler im Grundpreis enthalten sein, weil er auch abgelesen werden muss, wenn keine Energie verbraucht wird. Da müssen diese Werte in der EDV verarbeitet werden, es muss eine Rechnung geschrieben und verschickt werden. Es gibt einen Debitor, dieser muss bewirtschaftet werden, ob die Rechnung klein oder gross ist. Die Zeit von der Rechnungsstellung bis zur Zahlung ergibt einen Zinsverlust usw. Diese Kosten zusammen gezählt ergeben ungefähr 40 Franken pro Ablesung und Rechnung, unabhängig davon, in welcher Periodizität abgelesen bzw. Rechnung gestellt wird. Wenn wir tiefere Grundpreise machen, was wir heute ja haben, erfolgt im Prinzip eine Quersubventionierung zwischen verschiedenen Kundenkategorien. Das entspricht nicht den Empfehlungen des Bundesamtes für Energiewirtschaft und auch nicht den Weisungen des Preisüberwachers. Wir sind mit dem gewählten Vorgehen somit auf dem richtigen Weg."

Stadtpräsident Marcel Wenger bittet den Rat, die Optik nochmals auf den Horizont zu richten, nachdem nun ein Detail angeschaut wurde. Er verweist auf den Anhang 3 der heute ausgehändigten 3 Blätter, wo ersichtlich ist, wo das EWS bezüglich Preis im Vergleich zu anderen Anbietern bei 13 ausgewählten Kundschaftstypen steht.

"Wir haben hier wirklich eine gute Arbeit geleistet, wenn Sie mit den Gesamtpreisen vergleichen. Die Strategie der Werke ist sicher richtig gewesen, hier vor allem die Entlastung der Domo voran zu treiben."

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen 1 - 7 der Vorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Zu den Beilagen gibt es ebenso keine Fragen.

ANTRÄGE

Ernst Spengler, 1. Vizepräsident verliest die Anträge S. 7 und 8 der Vorlage.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 10. September 2002 über die Tarifrevision 2002 (TO 2002) des Elektrizitätswerkes der Stadt Schaffhausen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Der Grosse Stadtrat genehmigt die neuen Tarifblätter:

- A - 10/02 Allgemeines
- B - 10/02 Bestimmungen
- 1.1 - Netzkostenbeiträge
- 1.2 - Netzkostenbeiträge
- 2 - 10/02, Domo
- 3.1 - 10/02, Eco
- 3.2 - 10/02, Eco WP
- 4 - 10/02, Business
- 5 - 10/02, Industrie
- 6 - 10/02, Bau
- 7 - 10/02, RE
- 8 - 10/02, RN

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

3. Der Grosse Stadtrat genehmigt den neuen Einheitstarif von 57,3 Rp/kWh für die öffentliche Beleuchtung.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

4. Der Grosse Stadtrat genehmigt den neuen Einheitstarif von 20,1 Rp/kWh für die Trolleybusse der VBSH.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

5. Der Grosse Stadtrat setzt die neuen Tarife auf den 1. Oktober 2002 in Kraft.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

6. Die Beschlüsse gemäss Ziff. 2, 3 und 4 unterliegen nach Art. 11 Abs. 1 lit. g der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage und Anträge des SR mit **37 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle teilt die **Ratspräsidentin** mit, dass Sie die Beratung der Traktandenliste beenden will.

Esther Bänziger (SP) Persönliche Erklärung

"Ich habe angenommen, dass wir heute Abend bis zum Traktandum 4 VdSR - *Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes* vorstossen. Es ist ja ohnehin so, dass die Überstunden von Frau Da Lucas - wie wir den SN vom Samstag, den 26. Oktober 2002 entnehmen konnten - mit dieser Reorganisation zu tun haben. Dieses Geschäft wird nun erst in 14 Tagen hier behandelt. Das ist vielleicht gut so. Da hat der Kulturreferent Th. Feurer evtl. Zeit, Fragen, die sich ganz sicher stellen, bis dann zu beantworten.

Ich war ja Mitglied der Spezialkommission und hatte wirklich das Gefühl, dass nun alles so in Ordnung sei. Es wurde dort gründliche Arbeit geleistet. Es ging sehr lange: die Vorlage ist schon uralt. Sie stammt vom 14. November 2000. Wir haben uns sehr viel Zeit genommen.

Die SN haben die Kündigung der Museumsdirektorin wie erwähnt aufgegriffen und von 2'088 Überstunden berichtet. Frau Da Lucas ist jetzt seit 3 Jahren hier; sie hat im September 1999 ihre Stelle angetreten. Diese Überstunden entsprechen mindestens einer Jahresarbeitszeit. Das ist einfach - Entschuldigung - absolut unmöglich, dass man während 3 Jahren Arbeit quasi noch ein Jahr Überstunden leistet.

Ich kann sehr wohl nachvollziehen, dass diese Funktion, welche sie hat, nämlich Museumsdirektorin und Kulturbeauftragte, ein "übereissenes" Amt ist. Davon war allerdings in der SPK gar nie die Rede; das hätte man ja sonst dort thematisieren müssen.

Meines Wissens ist es in einem Reglement geregelt, dass Chefbeamte/ Chefbeamtinnen keine Überstunden geltend machen können. Sie haben lohnmässig eine gute Position und da gehört es dazu, dass man nicht von einer 42 Stunden-Woche ausgehen kann. Das können auch viele von uns hier drin nicht. Mindestens unsere Halbamts-Stadträte/-Stadtträtin können dies auch nicht; diese könnten Überstunden ausweisen "bis zum geht nicht mehr".

Wenn schon, hätte man Frau Da Lucas irgendwann mal einen Zusatzauftrag geben müssen, wenn man gesehen hätte, dass es einfach überhaupt nicht geht. Aber dann habe ich immer noch das Gefühl, dass das in diese Reorganisationsvorlage gehört hätte.

Wie gesagt, ich bin ganz froh, dass diese Vorlage heute nicht mehr behandelt werden konnte und nun am 12. November traktandiert sein wird. Dann gibt es vielleicht Fragen. Ich möchte schnell voraus schicken. Zum neuen Organigramm kann ich stehen, das sieht gut aus. Ich weiss wirklich nicht, ob diese vielen Überstunden auch etwas zu tun haben mit der Delegation von Arbeiten. Aber was ich weiss, ist, dass Chefbeamte/-beamtinnen keine Überstunden geltend machen können und dass es unmöglich ist, innert 3 Jahren ein derartiges Ausmass an Überstunden aufzuweisen.

Ich hoffe deshalb, dass diese Fragen in zwei Wochen geklärt werden können."

Nach dieser persönlichen Erklärung schliesst die **Ratspräsidentin** die heutige Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 12. November 2002